Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 272 | Dresden, Mittwoch den 24. November 1920 | 31. Jahrg.

Escherich bei der sächsischen Regierung

Forstrat Escherich aus München, der Begründer und Leiter der Orgesch, hielt sich heute in Dresden auf. Auf sein Ansuchen ist ihm nachmittags vom Ministerpräsidenten Buck und dem Minister des Innern Kühn eine Aussprache gewährt worden, in der Escherich mit seinem Sekretär erschien. Escherich erklärte den Ministern, daß keinerlei Grund vorliege, seine Organisation zu verbieten, denn sie bezwecke lediglich die Bekämpfung von Putschen, einerlei, ob sie von rechts oder von links geplant seien. Die Behauptung, daß er und seine Organisation mit dem Major Bischoff, Hauptmann Pabst, Oberst Bauer usw. Verbindungen unterhalte, sei unwahr. Das Gegenteil sei richtig. Er bekämpfe gerade diese, und diese bekämpften ihn, weil er ihnen das Instrument zerschlage, mittels dessen sie ihre eigenen Pläne verwirklichen wollten.

Die Orgesch verwerfe jeden monarchistischen Putsch, auch in Bayern. Sie habe es bisher dahin gebracht, daß ein Rechtsputsch überhaupt nicht mehr möglich sein werde. Nach dem Abkommen von Spa sei die ganze Organisation auf eine friedliche Basis umgestellt worden. Die bayerische Einwohnerwehr sei aus der Organisation herausgetan worden, damit man nicht gegen den Friedensvertrag verstoße. Orgesch sei eine unbewaffnete Organisation, die die Zusammenfassung aller Elemente bezwecke, die auf dem Boden der Verfassung stünden. Diese Massen der Regierung zur Verfügung zu stellen, damit sie jeden Anschlag auf Verfassung und Regierung abwehren könne, sei der Zweck der Orgesch.

Der Minister des Innern, Kühn, konnte demgegenüber an der Hand der Tatsachen nachweisen, daß die Orgesch in Sachsen doch ein ganz anderes Gesicht habe, und daß sie sich wenn die Darstellung Eschsrichs zutreffe, nur hier seines Namens bediene. Er verwies insbesondere darauf, daß es auffallen müsse, daß man die ganze Organisationsarbeit unterirdisch, im Geheimen betreibe.

Der Minister erklärte dem Forstrat, daß er sich, wenn er wirklich nur das bezwecke, was er hier anführe, doch der gesetzlich erlaubten Selbstschutzorganisation bedienen könne. So wie die Orgesch jetzt in Sachsen arbeite, provoziere sie gerade die Gegenseite, deren illegalen Organisationen jedenfalls verboten seien. In Sachsen sei auch der innige Zusammenhang der Orgesch mit Kappisten nachgewiesen und es müsse auffallen, daß die Fäden der Orgesch im Dresdner Bürgerrat zusammenlaufen. Unterirdischen Organisationen wie die Orgesch in Sachsen werde die Regierung erforderlichenfalls selbst mit Gewalt entgegentreten.

Der Ministerpräsident wies noch darauf hin, daß gerade die unterirdische Arbeit der Orgesch, ihre Werbebureaus, ihre Requirierungs- und andre Pläne mißtrauisch machen müßten. Das Eingreifen der sächsischen Regierung sei auch mit erfolgt, weil die Orgesch, wie sie in Sachsen geführt werde, zweifellos gegen Artikel 177 des Friedensvertrags verstoße, der jede Organisation verbiete, die militärisches Gepräge trage.

Im Laufe der Aussprache erklärte Forstrat Escherich noch, daß er es sehr begrüßen würde, wenn man in Sachsen die Arbeit der Orgesch in aller Oeffentlichkeit betreiben könne. Dann würde jeder erkennen, daß sie nur ehrliche offene Ziele zum Schutze der Regierung und der Verfassung verfolge.

Gegen diejenigen, die, was in einer Millionenorganisation schon vorkommen könne, als einzelne sich Ungesetzlichkeiten zuschulden kommen ließen, möge die Regierung nur ruhig mit ihren Machtmitteln vorgehen. Er gab nochmals die Erklärung ab, daß die Orgesch niemals gegen die Regierung, nie gegen die Verfassung etwas unternehmen würde. Die Mitglieder und Führer seien durch Ehrenwort verpflichtet, nie vom Boden des Rechts abzugehen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Von den für heute durch den Obmann der Orgesch für Sachsen, dem ehemaligen Ministerialdirektor Dr. Heink, vertraulich einberufenen Zusammenkünften von Interessenten und einzelner Mitglieder der Orgesch ist die Regierung unterrichtet.

Eine Razzia in Dublin

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 24. November. Die Aufregung in Dublin hat sich nach der Bartholomäusnacht noch nicht gelegt. Wie dortige Blätter mitteilen, veranstaltete das Militär in Dublin eine sehr eingehende Razzia, die zu einer förmlichen Schlacht in fast allen Straßen der Stadt wurde. Ununterbrochen wurde geschossen. Immer wieder wurden ganze Straßen plötzlich abgesperrt, und alle Personen, die sich auffällig auf der Straße befanden, erhielten den Befehl, die Hände hoch zu halten. Wer nicht gehorchte, wurde augenblicklich niedergeschossen. Dann wurden die Straßenpassanten peinlich untersucht und eine große Anzahl von ihnen verhaftet. Die Polizei behauptet, bei diesen Untersuchungen wertvolles Material in den Taschen der verhafteten Personen gefunden zu haben. Die bisher angenommenen Zahlen der Ermordeten und Verwundeten erweisen sich als viel zu niedrig. Es wurden 28 Personen getötet und mehr als 70 verwundet. Die Offiziere, die bisher in Bürgerquartieren wohnten, wurden in Kasernen untergebracht. Das Rathaus in Dublin ist für Einquartierung der Truppen beschlagnahmt worden. Im übrigen **tobt der Bürgerkrieg in Irland mit all seinen Schrecken weiter.** Durch die Straßen von Cork fuhren gestern mehrere Militärautos, von denen aus in die Menge gefeuert wurde.

Der Mord von Oberingelheim

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. November. Wie wir erfahren, hat die französische Regierung unserm Botschafter in Paris in der Angelegenheit des Vorfalles in Oberingelheim, wo französische Soldaten ein Frankfurter Mädchen getötet haben, mitgeteilt, daß ein Gerichtsverfahren wegen Mordes gegen die beschuldigten Soldaten eingeleitet sei, und daß sie auch bereit sei, eine Entschädigung von 25 000 Frank an die Angehörigen des Opfers zu zahlen.

Generalstreik in Ratibor

Ratibor, 24. November. Gestern ist hier der Generalstreik erklärt worden. Alle Betriebe ruhen. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt werden durch die Technische Nothilfe aufrechterhalten. Die Gewerkschaften stehen dem Streik fern. Die Arbeiterschaft fordert eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 M. Die Verhandlungen blieben bisher ergebnislos.

Keine Aenderungen der Völkerbundakte

Genf, 23. November. Die erste Kommission des Völkerbundes, die sich mit der allgemeinen Organisation des Bundes zu befassen hat, beschloß mit 28 gegen 7 Stimmen, zur Zeit keinerlei Amendements zum Völkerbundvertrage in die Debatte zu ziehen. Sämtliche kriegführenden Staaten gehören der Mehrheit an, während unter der Minderheit sich die drei skandinavischen Staaten befinden, von denen die Abänderungs- und Ergänzungsanträge ausgehen. Die Minderheit verlangt, daß diese Anträge einem Unterausschuß zur näheren Prüfung überwiesen werden sollen. Die Mehrheit dagegen, als deren Wortführer vor allen Dingen der Präsident der Kommission, Balfour, und der japanische Delegierte sprachen, vertritt die Auffassung, daß es nicht angezeigt wäre, schon ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Völkerbundvertrages Aenderungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende der 2. Kommission, Tittoni, führte in einer Sitzung der Kommission aus, daß gerade die ihr obliegende Arbeit dazu dienen werde, das Ansehen des Völkerbundes zu festigen. Die Schaffung der technischen Organisationen solle in enger Verbindung mit dem Völkerbundrate vor sich gehen. Der englische Delegierte bemerkte zur Rede Tittonis, die technischen Organisationen sollten vom Völkerbundrate möglichst unabhängig sein und mit den einzelnen Nationen selbst zusammenarbeiten. Die Versammlung beschloß, für die einzelnen Gebiete Berichterstatter zu bezeichnen.

•

Die Abrüstung

In der Sitzung der Abrüstungskommission erklärte Leon Bourgeois, daß vor Durchführung der Abrüstung die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt und ferner vier Voraussetzungen erfüllt sein müßten: 1. Vollständige Ausführung des Friedensvertrags. 2. Organisation einer ständigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen. 3. Vorlage eines Berichts der besonderen militärischen Kommission. 4. Austausch aller, die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte.

Der schweizerische Delegierte Usteri erklärte, daß auch die Schweiz, wie alle andern Nationen, der schweren Rüstungslasten müde und bereit sei, ihre ganze Kraft einzig den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu widmen, sobald die allgemeine Lage es erlaube. Der italienische Delegierte Schanzer wies darauf hin, daß die Finanzen der am Kriege beteiligt gewesenen Staaten dringend eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben verlangten, und der englische Delegierte Fisher beantragte, die Diskussion vorläufig zu beschränken auf das Verbot der privaten Erzeugung von Waffen, Prüfung einer Uebereinkunft über die Rüstungen und die Frage des Waffenhandels. Die Sitzung wurde auf Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, vertagt.

Der Tag der griechischen Entscheidung

Amsterdam, 24. November. Aus Paris wird gemeldet: Die griechische Volksabstimmung ist auf den 5. Dezember vertagt worden. Die Venizelos-Partei ist gegen die Volksabstimmung und lehnt eine Beteiligung an ihr ab.

Die Front in Kleinasien hält fest; vorgestern schlugen die Griechen zwei Angriffe der Kemalisten bei Ussa ab.

Sieben Soldaten der Sicherheitswache von Venizelos haben gestanden, Dragunos auf Befehl ihres Hauptmanns, der mit Venizelos abgereist ist, ermordet zu haben. Gegen den Hauptmann wurde ein Haftbefehl erlassen.

Urteutsche Kampfmittel

Bei den alten Juden unterscheidet man zwischen dem Gotte des Lichts und dem Gotte der Finsternis. Und so machen's unsre Teutschvölkischen. Sie sind natürlich die Götter des Lichts, der Reinheit und der Makellosigkeit und die armen Juden sind die Götter der Finsternis, des Schmutzes und der Sünde. Aber, aber ..... die Rechnung hat manchmal ein Loch und hier ein sehr großes.

Erscheint da neulich eine Broschüre von Dr. Siegfried Benthaß: „Die siegreiche Weltanschauung und wir Juden". Gott sei Dank, daß die alten Staaten zertrümmert, Gott sei Dank, daß der Idealismus niedergetrampelt, Gott sei Dank, daß der Militarismus hochgekommen, daß die Juden recht behalten, daß die jüdische Weltherrschaft herangebrochen ist! — Das Indianergeheul der Herren von rechts kann man sich vorstellen. Voran Herr Reinhold Wulle und seine Deutsche Zeitung: Wer die Broschüre gelesen, der habe erkannt, um was es ginge und jeder brave Christ muß ein brader Antisemit nun werden! Natürlich auch die große Trompete des Herrn Schützengrabenmelders Reventlow in der Deutschen Tageszeitung und dann der Chorus der kleinen Blätter: die Süddeutsche Zeitung, die Greifswalder Zeitung! Oh, wie skandalierten die über die bösen Juden! Und nun kommt der Knalleffekt: Die Broschüre ist nämlich gar nicht von einem Juden, sondern von dem deutschvölkischen Baurat und Mitarbeiter der Deutschen Zeitung Hans Schlieppmann in Berlin geschrieben. Das wäre ein böser Reinfall, wenn nicht mindestens ein Teil der Deutschvölkischen den Verfasser gekannt hätte! Denn derselbe Herr Schlieppmann, der unter dem Strich in der Deutschen Zeitung einen Roman veröffentlicht, sieht wahrscheinlich mit listigen Augen zwingend zu, daß über dem Strich seine antisemitische Broschüre als Judenwerk bekämpft und ausgeschlachtet wird. Pfui Deibel!

Rückkehr aufs Land

Hg. **Berlin**, 22. November.

Der Entlastung der Städte durch Umsiedlung war eine Tagung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform gewidmet, die heute früh im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses unter starker Teilnahme, insbesondere auch der Reichs- und Staatsbehörden, durch Staatssekretär a. D. Freiherrn von Stein eröffnet wurde. Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium bezeichnete die zur Behandlung stehende Frage als eines der wichtigsten Probleme, die die Reichsregierung und alle Sozialpolitiker beschäftigen. Ansätze zur Lösung sind von der Reichsregierung schon nach verschiedenen Richtungen unternommen worden, so in der produktiven Erwerbslosenversicherung und in den in großem Umfange eingeleiteten Bergmannssiedlungen. Auch die übrigen sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung sind immer von dem Gesichtspunkte getragen, die überflüssigen Kräfte der Städte aufs Land zurückzubringen. Die Erfahrungen haben aber schon jetzt gezeigt, daß die praktische Lösung auf große Schwierigkeiten stößt. Selbst in den kleinsten Gemeinden ist die Wohnungsnot sehr groß. Die Umstellung der städtischen Arbeitskräfte auf die so ganz anders gearteten ländlichen Verhältnisse ist nicht so einfach. Der Hauptpunkt aber ist, daß in weitesten Kreisen der ländlichen Bevölkerung eine Abneigung gegen die städtischen Arbeitskräfte besteht.

Staatssekretär Scheidt vom preußischen Wohlfahrtsministerium erklärt, daß die Schwierigkeiten der Umsiedlung überwunden werden müssen, weil eine wirksame Bekämpfung der städtischen Wohnungsnot lediglich durch den Bau großer Mietshäuser in den Städten unmöglich sei. Nur um die jetzt in den Groß- und Mittelstädten Wohnungslosen in bescheidenen Wohnungen unterzubringen, würden 60 Milliarden erforderlich sein. Aber auch der Bau von Siedlungshäusern kann nicht in dem Umfange, wie es nötig wäre, durchgeführt werden. Einmal besteht auch auf dem Lande der Baustoffmangel. Dann aber kommt dazu die Ueberteuerung der Baukosten bis zum Fünfzehnfachen und die starke Verteuerung der Inventarkosten. Trotzdem ist der Bau von ländlichen Ansiedlungen immer noch leichter, weil man auf dem Lande mehr Ersatzstoffe verwenden kann und weiter mehr bedeutsamer und bescheiden bauen kann. Als wichtigster Punkt kommt in Betracht, daß beim Bau die eigene Arbeitskraft des Siedlers verwertet werden kann, so daß verhältnismäßig mit geringeren Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln gebaut werden kann. Man muß sich aber hüten, übertriebene Hoffnungen zu wecken, wie es schon einmal während des Krieges mit den Schlagworten: Zurück aufs Land! geschehen ist.

Freiherr von Stein: Diese Worte geben uns zu bedenken, ob wir noch Wohnungsreform betreiben können. In einer reichen Zeit verfolgten wir die Aufgabe, die Wohnungen zu verbessern, die Wohnungssitten zu verfeinern. Die Wohnungsnot hat nicht nur ihre Ursache darin, daß während des Krieges nicht gebaut worden ist, sondern weil weite Kreise ihre Ansprüche an die Wohnungen gesteigert haben.

Die Wohnungsnot auf dem Lande als Problem der Landarbeiterfrage behandelte Dr. Kemmerich, Berlin, vom Reichsverband der deutschen Landwirtschaft. Die Lage unserer einheimischen Landwirtschaft und unserer Industrie erfordern gleichermaßen die Ueberführung von Arbeitskräften aus den Städten auf das Land. Diese Aufgabe läßt sich zur Zeit nicht erfüllen, da es auf dem Lande an Wohngelegenheiten für eine nennenswert zu vermehrende ansässige Arbeiterschaft fehlt. Während für den Bau von Wohnungen in den Städten Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt worden sind, ist für den Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Lande so gut wie nichts bisher geschehen. Diesem Mangel kann nur dann abgeholfen werden, wenn von Reichs-, Staats- und Gemeinde wegen demjenigen Unternehmer auf dem Lande, der für seine Arbeiter Wohnungen bauen will, nicht nur keine neuen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, sondern wenn für diese ein lebhafter Anreiz zum Bau von Arbeiterwohnungen geschaffen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Dies könnte am besten geschehen durch steuerliche Bevorzugung derjenigen Unternehmer, die den Bau von Arbeiterwohnungen ausführen wollen.

Hierauf sprach Geheimrat Dr. Pondick, Berlin, über Wege zur Ueberführung der Stadtbevölkerung in landwirtschaftliche Arbeit. Die Wohnungsnot zwingt dazu, eine Entlastung der Städte herbeizuführen. Die Erwerbslosenunterstützung muß dauernd erhöht werden. Da sei es nun unausbleiblich, daß die Regierung einmal nicht weitere Zuschüsse gewähren könne, und den Forderungen ein Nein entgegensetzen müsse. Dieses Nein auszusprechen wird jeder Regierung sehr schwer fallen. Gegenüber der Vorkriegszeit ist auf dem Lande eine weitere Lichtung der Unterschicht eingetreten. Dazu kommt noch, daß volksfremde Elemente in übergroßer Zahl beschäftigt würden. Das sei ein Krebsschaden unserer eigenen Erwerbslosen. Erste Pflicht sei es, diejenigen, die schon auf dem Lande sind, dort festzuhalten. Aber ein großer Prozentsatz unserer Städter ist im seelischen Fühlen noch ländlich. Aufgabe unserer Siedlungspolitik der nächsten Zeit wird Hebung der sozialen Aufstiegsmöglichkeit der Landarbeiter sein. Finanziell steht jetzt schon die ländliche Unterschicht mindestens ebenso gut wie die städtische, die Ernährung ist auf dem Lande auch für die Unterschichten besser als in der Stadt. Diese Magenfrage trägt erfreulicher Weise dazu bei, das Land begehrenswerter zu machen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge müßte dahin ausgebaut werden, daß Arbeiter, die zur Landarbeit geeignet sind, keine Erwerbslosenunterstützung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

mehr beziehen, falls sie nicht gewillt sind, diese Landarbeit auch zu leisten.

Geheimrat Professor Dr. Sering: Wir sind ein bettelarmes Volk und wirtschaften mit Schulden. Die Ueberteuerungszuschüsse sind daher ein Unsinn. Nach den Versailler Bedingungen ist es unhaltbar, daß 60 Prozent der deutschen Bevölkerung in den Städten wohnt. Wir brauchen die Polen nicht als Landarbeiter. Wir dürfen sie nicht haben bei den Millionen Erwerbslosen, die beschäftigt werden müssen. Nicht die Abwanderung deutscher Arbeiter war der Grund, die Polen herbeizurufen, sondern die billigere Arbeitsleistung des Polen drängte den deutschen Landarbeiter weg. Wenn es uns nicht gelingt, eine Verdoppelung der Bodenerträgnisse, die technisch möglich ist, zu erzielen, werden wir nicht aus dem drückenden Schuldverhältnis gegenüber der Entente herauskommen.

In der Nachmittagssitzung sprach Regierungsrat Albrecht, Berlin, über das Thema:

Der Zug der Industriearbeiter von der Großstadt auf das platte Land.

Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges ist ein vollkommener Zusammenbruch der in den Großstädten zentralisierten Industrien erfolgt, so daß von sechs Millionen Arbeitsstätten 600 000 eingegangen sind. Der Zuzug vom Lande in die Stadt hat jetzt zwar aufgehört, aber es ist nicht klar zu erkennen, ob statt dessen ein Zuzug von der Stadt auf das Land eingesetzt hat. Erfreulich ist es, daß man in allen Kreisen, selbst in den kommunistischen, klar erkenne, daß eine Landsiedlung unbedingt nötig geworden sei. (Sehr richtig!) Mindestens ebenso wichtig als die Ansiedlung von Landarbeitern ist aber auch die Dezentralisation der Industrie. Wenn man auf dem flachen Lande industrielle Werke schafft und gleichzeitig Wohnungsmöglichkeiten, so ist diese Dezentralisation zweifellos sofort zu erreichen. Neben den Meliorisationsarbeiten sind noch große Projekte in Vorbereitung, durch die bald Zehntausende von Arbeitern auf das Land hinausgeführt werden könnten. (Hört, hört!) Man muß aber auch dafür sorgen, daß die Landbevölkerung sich nicht länger gegen den Zuzug der Arbeiter sperrt. (Sehr richtig!)

Diese ablehnende Haltung der Landbevölkerung und auch der mittleren Städte ist begreiflich, da die Erwerbslosen sich noch im Sommer aus Elementen zusammensetzten, die zweifellos eine Plage für die Landbevölkerung waren. Heute haben wir jedoch tausende und abertausende Erwerbslose, unter denen sich sehr viele ehrliche Arbeiter befinden, die wirklich Arbeit suchen. Deshalb ist diese ablehnende Haltung nicht mehr berechtigt. Es ist erfreulich, daß die meisten Erwerbslosen nicht mehr Erwerbslosenunterstützung fordern, sondern Arbeit, und zwar nicht Notstandsarbeiten, sondern richtige, ehrliche, fruchtbringende, lohnende Arbeit.

In der Diskussion wandte sich Hofrat Dr. Busching, München, dagegen, daß man dauernd unterscheide zwischen städtischer und ländlicher Siedlung. Das sei wohl ein und dasselbe. Die Zwangswirtschaft sei wohl kein Vergnügen gewesen, aber doch unbedingt notwendig.

Nachdem noch einige Diskussionsredner zum Worte gekommen waren, wurden die Verhandlungen auf morgen, Dienstag, vertagt.

Hg. Berlin 23. November.

Die heutige Sitzung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform wird durch einen Bericht des Direktors des Landesarbeitsamts Brandenburg eröffnet. Er fordert vor allem die Einschränkung der Zahl der Saisonarbeiten, für die Dauerarbeitskräfte eingestellt werden müßten. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die Landarbeiterwohnungen sehr vermehrt würden. Man könne nicht sagen, daß wegen Mangels an Baumaterialien nicht gebaut würde, sondern die Landwirte könnten sich nicht dazu verstehen, Lehmbauten, die doch möglich seien, auszuführen. Man müsse immer wieder, besonders auch für das nächste Baujahr, Baudarlehen in weitestem Ausmaße fordern, sonst sei eine Bautätigkeit vollkommen ausgeschlossen. 200 Millionen Mark dürften ausreichend sein, um für Zehntausende von Landarbeitern Wohnungsmöglichkeit zu schaffen. Im Interesse dieser äußerst lebenswichtigen Frage wäre dieser Betrag sicher aufzubringen. In seinem Schlußwort wendet sich Kemmerich gegen die Vorwürfe, der Großgrundbesitzer sei ein Feind des Siedlungswesens und betont, daß die Landwirte immer eine vernünftige Siedlungspolitik, unterstützten; die Siedlung dürfe jedoch nicht Selbstzweck sein, nicht darauf ausgehen, den Großgrundbesitz zu zerschlagen.

Der Schluß der Tagung wurde durch eine allgemeine Aussprache über alle Fragen der Wohnungs- und Siedlungsförderung und Wohnungspflege ausgefüllt, wobei von den verschiedenen Rednern Anregungen und Wünsche zur Geltung gebracht wurden.

Der Kampf um die Ausfuhrabgabe

Dem volkswirtschaftlichen Ausschuß lagen zur Beratung die Petitionen des Hansabundes, des Reichsverbandes der deutschen Industrie, sowie des Industrie- und Handelstages auf Aufhebung der Ausfuhrabgabe vor. Darüber hinaus fordern der Hansabund und einige weitere Verbände die sofortige Beseitigung der Außenhandelsstellen und damit der Außenhandelsregelung. — Der Berichterstatter Dr. Reichert (Dnat. Vp.) hebt hervor, daß die Begründung des Hansabundes sich nur auf bestimmte Fragen der Ausfuhrregelung beschränke, aber nicht die Notwendigkeit der Einfuhrverbote und der Einfuhrregelung durch die Außenhandelsstellen berühre. Auch in der Ausfuhrfrage sei der Standpunkt des Hansabundes ein durchaus einseitiger. Zu empfehlen ist dagegen der Standpunkt des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der genau wie der Reichswirtschaftsrat die Entscheidung über die Frage der Beibehaltung der Ausfuhrregelung den einzelnen Wirtschaftszweigen selbst überlassen und keine Regierungsentscheidung herbeigeführt haben will. Des weiteren machte der Berichterstatter eine weitere Reihe von Vorschlägen zur Vereinfachung der Ausfuhrregelung und verlangte eine Besserung der Zollaufsicht. — Zu den Petitionen stellte er folgenden Antrag: 1. Ueber die Petitionen zur sofortigen Beseitigung der Außenhandelsstellen zur Tagesordnung überzugehen; 2. die Petitionen, betreffend weiteren Abbau der Ausfuhrabgaben, der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen.

In der Debatte stellte sich Abg. Stubmann (Dem.) auf den Standpunkt, daß die Außenhandelsregelung grundsätzlich zwar nicht zu entbehren sei, aber im heutigen System nicht aufrechtzu erhalten sei, da dadurch der Exporthandel in seiner Bewegungsfreiheit allzu sehr gehemmt wäre. — Aehnlich wünschte Abg. Dr. Hugo (D. Vp.) keine sofortige Beseitigung der Ausfuhrregelung, sondern nur eine Besserung des Verfahrens.

Lipinski (U. Soz., rechts) spricht sich gleichfalls für Aufrechterhaltung der notwendigen Ausfuhrverbote aus. Die Ausfuhrabgaben müssen jedoch nicht erleichtert, sondern für gewisse Waren sogar erhöht werden.

Abg. Dauch (D. Vp.) machte einige Vorschläge: Künftig soll außer einer Freiliste eine nicht zu große Verbotliste und ferner eine Kontrolliste aufgestellt werden. Ausführberechtigt sollen nur diejenigen Exporteure sein, die bereits früher am Export beteiligt gewesen sind. Die Exporteure müssen sich verpflichten, vom Fabrikanten direkt zu kaufen, um die Schieber auszuschalten. Ferner müsse die Industrie für alles Goldpreise nehmen. Exporteure, die gegen diese Vorschriften verstoßen, sollen drakonisch bestraft werden. Zur Ausfuhrabgabe verlangt er weitere Erleichterungen und ist der Ansicht, daß die Abgabe besser von der Industrie als vom Handel getragen werden kann.

Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Die Folgen

In Kuxhafen sind Mitglieder der Entente-Entwaffnungskommission, die in einer dortigen Kaserne nach Waffen forschen wollten, von den Mannschaften bedroht und beschimpft, ihr Auto ist beschädigt worden. Nur mit Mühe konnte noch schlimmeres verhindert werden.

Diese Meldung kommt keineswegs überraschend. Ihre Urheber sind alte Bekannte, die dem deutschen Volke mehr als eine böse Suppe eingebrockt haben. Es sind die ehemaligen Baltikum-Abenteurer, die späteren Meuterer der Marine-Brigade Ehrhardt, die noch immer, jetzt unter dem Namen der Schiffsstammdivision die Reichswehr zieren. Sie bilden nach wie vor eine geschlossene kontakte Masse, völlig beherrscht von extremen nationalistischen und reaktionären Führern, die seit dem 13. März nur deswegen noch nicht wieder offen gemeutert hat, weil die Reichsregierung in keiner Weise gewagt hat, gegen das unerhörte Treiben dieser sich ganz offen zur Meuterei bekennenden Truppen irgendwie einzuschreiten.

Die sozialdemokratische Presse hat sofort Lärm geschlagen, als seitens der Herren Geßler und Seeckt die versprochene „Auflösung" der Marine-Brigade Ehrhardt in der Weise durchgeführt wurde, daß ihr größerer Teil geschlossen in die Reichsmarine überging. Wie berechtigt unsere Warnungen waren, zeigte sich sehr bald. In der gebildeten Schiffsstammdivision waren nationalistische Exzesse an der Tagesordnung. Die republikanische Bevölkerung wurde tagtäglich mit Hakenkreuzen und schwarz-weiß-roten Abzeichen provoziert. Eine Sedanfeier, bei der die Enthüllung einer Kaiserbüste den Höhepunkt bildete, unter Teilnahme der Kommandeure war eine offene Verhöhnung der Republik. In Kuxhafen, wohin ein Teil dieser Leute kamen, drangen Rotten von ihnen in das Geschäftslokal des sozialdemokratischen Organs ein und versuchten mit Gewalt und Drohungen eine andre Schreibweise des Blattes zu erzwingen. Natürlich wurde niemand von diesen Verbrechern ein Haar gekrümmt. Man kann fast Genugtuung darüber empfinden, daß der neueste Exzeß der Gesellschaft sich gegen eine Stelle richtet, die wohl nicht so leicht die Beleidigung einstecken wird, wie die deutsche Reichsregierung und der Reichswehrminister Geßler die fortgesetzte Verhöhnung der Republik. Haben diese es sich doch sogar gefallen lassen, daß in der Schiffsstammdivision (richtiger Brigade Ehrhardt in neuer Aufmachung) Lieder verbreitet und offiziell gesungen wurden, deren Tendenz bald die Verherrlichung des Meuterers Ehrhardt, bald die Verhöhnung der offiziell eingeführten Reichsfarbe war.

Dabei hätte das Reichswehrministerium, wenn es nur gewollt hätte, diesen Unfug in kürzester Zeit beseitigen können. Wenn irgend ein Truppenteil der Reichswehr in Verdacht steht, republikanisch gesonnen zu sein, dann erfolgt mit Windeseile die Verlegung und Auseinanderlegung, natürlich aus den berühmten „technischen Gründen". In kürzester Zeit werden die Leute an sieben verschiedene Stellen ab- und auseinanderkommandiert, so daß nicht mehr ein halbes Dutzend von ihnen beisammen bleibt. Bei den Ehrhardt-Meuterern aber hat man hübsch dafür gesorgt, daß sie immer in kontakter Masse und unter dem Oberbefehl der Offiziere beieinander bleiben, die seinerzeit die Meuterei mitgemacht haben.

Aehnlich ist bei der Schiffsstammdivision geht es in Potsdam zu, wo der berüchtigte „Geist von Potsdam" herrscht. Dort wird bei offiziellen Feiern von der Kapelle „Heil dir im Siegerkranz" gespielt und den Mannschaften befohlen, dies Lied stehend anzuhören. Ein republikanischer Soldat, der sich weigert, der monarchistischen Ehrenbezeugungen zu erweisen, wird am nächsten Tage vor den Stubenrichtsoffizier zitiert. Dieser sagt zu ihm nur: „Sie wollen bei nationalen Liedern nicht aufstehen? Nun, wir sprechen uns wieder." Zwei Tage später ist der Soldat aus der Reichswehr entlassen. Natürlich nicht wegen des Nichtaufstehens, sondern aus einem bei den Haaren herbeigezogenen nichtigen Vorwand.

Herr Geßler hat ein Klagelied gesungen über die Tragödien, die sich bei der Heeresverminderung abspielen. Warum spricht er nicht von solchen Tragödien? Warum spricht er nicht von der Massenentlassung republikanisch gesinnter Soldaten? Warum entläßt er nicht zuerst die Ehrhardt-Meuterer, die es doch wahrlich verdient haben, sondern Soldaten, die der Republik treu gedient haben? Ehe er diese Frage nicht beantwortet, hat er kein Recht, Klagereden zu halten. Zumal jetzt nicht, wo sich die Folgen seiner Wirtschaft zeigen.

Reichsfinanzministerium und Beamtenschaft

Aus den Reihen der Post- und Telegraphenbeamten erhalten wir eine längere Zuschrift, in der gegen die Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums zu den Beamtenforderungen protestiert wird, die dahin gehe, der Oeffentlichkeit glauben zu machen, daß die Erfüllung der Beamtenforderungen das Reich in den Abgrund stürzen müsse. Dann heißt es in der Zuschrift:

Neuerdings erschienen in großen Tageszeitungen Aufsätze, die den gewiß berechtigten Kampf gegen den Schmuggel zum Gegenstand haben. Einleitend heißt es: Das Schmuggelunwesen im Westen hat einen Umfang angenommen, dem offenbar das Reichsfinanzministerium nicht länger mehr zusehen gewillt ist. Weiter wird dann gesagt: Hervorgehoben wird vom Reichsfinanzministerium, daß das Bestechungsunwesen unter der Post- und Eisenbahnbeamtenschaft einen ganz ungeheuerlichen Umfang angenommen hat, und zwar gerade unter den Kreisen, die bei dem Ruf nach einer Besoldungsreform ihre Wichtigkeit mit allem Nachdruck betonten." Also Kampf gegen die Forderungen der Beamten, wo immer sich eine günstige Gelegenheit zu bieten scheint.

Was aber hat es nun mit diesem ungeheuerlichen Umfang des Bestechungswesen auf sich? Die Interessenvertretung der mittleren Postbeamten, der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, erkundigte sich danach unverzüglich an maßgebender Stelle, nämlich im Reichspostministerium. Und dieses, das doch wohl wissen muß, was in der eigenen Verwaltung vor sich geht, weiß von der vom Reichsfinanzministerium aufgetischten ungeheuerlichen Geschichte nichts! Im Gegenteil, es lägen aus den Besten Berichte vor, daß die Postbeamten Hand in Hand mit den Zollbeamten den Schmuggel nach Kräften zu bekämpfen suchten. Und doch spricht das Reichsfinanzministerium davon, daß die Bestechungen ganz schamlos betrieben würden!

Ferner wurde Postbeamten zum Vorwurf gemacht, daß sie in den Diensträumen kein Durchsuchungspersonal duldeten. Darüber haben aber nicht die Postbeamten, sondern darüber hat allein die Postbehörde zu bestimmen, und es ist bisher nicht ein einziger Fall bekanntgeworden, daß die Postbeamten den bezüglichen Anordnungen ihrer Behörde zuwider gehandelt hätten.

Es ist verständlich, wenn die Beamten das Gebaren des Reichsfinanzministers öffentlich mit Unwillen und Entrüstung zurückweisen. Ueber dem Zweck, die berechtigten Forderungen der Beamten zu diskreditieren, hat man leider das Interesse des Ganzen vollkommen aus dem Auge verloren. Ein gut Teil unsres Jammers im Innern ist auf diese Kurzsichtigkeit zurückzuführen. Die Beamten aber sind nicht gewillt, sich derartige Angriffe noch weiterhin widerspruchslos gefallen zu lassen.

Weitere Erleichterungen des Ausfuhrabgabentarifs

Von zuständiger Stelle wird den P. P. N. mitgeteilt:

Nach einer in Kürze erscheinenden Bekanntmachung im Reichsanzeiger wird mit Wirkung ab 20. November für folgende Waren eine Ausfuhrabgabe nicht mehr erhoben: Perlmutter Waren (Nr. 606 des Ausfuhrabgabentarifs), Photographische Apparate, Kameras (757d), Phonographen, Grammophone usw. (891d), Taschenuhren mit Ausnahme der mit Gold oder Silber belegten Taschenuhren (929c), Uhrgehäuse, Uhrwerke, Teile von Uhren, ausgenommen der mit Gold oder Silber belegten Gehäuse (929c, 930b, 931, 932) Turmuhren (936), Klaviere mit einer Fabrikationsnummer vom 1. 1. 1920 an (939), Musikinstrumente und Teile davon (941a bis 942b und 943a bis 945) und Spielwerke bis 500 Gramm schwer (943a) andere mechanische Spielwerke mit einer Fabrikationsnummer vom 1. April 1920 an (943b), Kinderspielzeug und Christbaumschmuck (946), endlich Milchzentrifugen (906b).

Lenins gelobtes Land

In der Versammlung der Kommunistischen Partei in Bielefeld am 7. November hat Herr Pfeifer viel über die Zustände in Räterußland berichtet. Daraufhin teilt uns ein Herr Petri, der sich vom 23. Februar 1916 bis zum 24. September 1920 in russischer Kriegsgefangenschaft befand, seine Erfahrungen aus dem gelobten Lande der Kommunisten mit, die ein wesentlich andres Bild ergeben. Petri schreibt:

Herr Pfeifer hat seine Erfahrungen als Teilnehmer des Kongresses der Dritten Internationale im Juli d. J. gesammelt. Er ist auch im Auto durch verschiedene russische Städte gefahren und hat wahrscheinlich nur die Betriebe gesehen, die man ihm zu zeigen für vorteilhaft hielt. Ganz anders sah sich die Sache an, wenn man, wie ich, darauf angewiesen war, sich durch seiner Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen und so sehr viel tiefere Einblicke in das Arbeiten des russischen Systems gewann.

Und da möchte ich vor allem dringend davor warnen, die Lage Rußlands und des russischen Arbeiters in allzu rosigem Lichte zu sehen. Der russische Proletarier überhaupt jeder in Rußland, der von seinem Arbeitslohn leben muß, lebt sehr viel schlechter als sein Genosse in Deutschland. Man könnte dies leicht durch Vergleich der Arbeitslöhne und ihrer Kaufkraft nachweisen, doch sehr viel überzeugender wirkt auf mich die Tatsache, daß die aus Deutschland kommenden russischen Kriegsgefangenen durchweg wohlgenährt und gut ausgerüstet mit Kleidung und Schuhwerk in ihre Heimat zurückkehren, während die auf dem Heimtransport befindlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen zerlumpt und abgemagert in Petersburg eintreffen. Der Russe in Deutschland konnte sich von seinem Arbeitslohn ernähren und bekleiden, der Deutsche in Rußland mußte verhungern, wenn er nicht seine geringen Vorräte an Wäsche usw. gegen Lebensmittel eintauschte. Ich habe im Sommer d. J. als Sowjetangestellter in Krasnojarsk (im Gouvernement Jenissei) viele Russen gefragt, wovon sie eigentlich lebten. Mit dem ihm von den Sowjetbehörden gezahlten Arbeitslohn kam kein einziger aus. Der eine tauschte alte Röcke oder Schuhe gegen Lebensmittel ein, ein andrer hatte gute Freunde in den umliegenden Dörfern, die ihn mit durchfütterten, ein dritter arbeitete in Betrieben, in denen man leicht unbemerkt Waren verschwinden lassen konnte, ein vierter verdiente seinen Lebensunterhalt durch Schleichhandel oder Spekulation, ein fünfter war Kommissar und als solcher gut mit Geld und Lebensmitteln versorgt. Die Mehrzahl hungerte und war dürftig bekleidet, alle fürchteten den kommenden Winter. Der Arbeitslohn, der gezahlt wird, reicht bei keinem auch nur zur Ernährung aus. Ich bezog als Angestellter der 21. Klasse — 20 Klassen bekommen noch weniger — monatlich 1800 Rubel. Auf Lebensmittelkarte bekam ich monatlich 10 Kilogramm Mehl und täglich eine dürftige warme Mahlzeit für zusammen etwa 400 Rubel im Monat. Lebensmittel darüber hinaus waren sehr schwer zu bekommen, da der freie Handel verboten ist. So kostet z. B. 1 Pfund (400 Gramm) Salz 500 Rubel, 1 Pfund Brot 100 Rubel, 1 Flasche Milch 100 Rubel, 1 Ei 50 Rubel, 1 Bündel Radieschen 50 Rubel. An die Anschaffung von Kleidern u. a. ist überhaupt nicht zu denken. Ich brauchte z. B. dringend ein Paar Schuhsohlen. Neue kaufen konnte ich nicht, da sie nicht unter 3000 bis 4000 Rubel zu haben waren. Ich beantragte sie schriftlich bei der Gewerkschaft der Bauarbeiter, der ich angehörte, und nach vielen vergeblichen Wegen bekam ich den Bescheid, daß mein Gesuch an die Zentralstelle in Omsk, der Hauptstadt Sibiriens, geschickt werden müsse und daß in einigen Monaten Antwort da sein könne. Ich zog vor, hierauf nicht zu warten und entfloh mit zerrissenen Stiefeln.

Und so, wie der einzelne nicht ohne Kapital in irgendeiner Form auskommt, zehrt das ganze Land von dem, was ihm frühere Epochen hinterlassen haben; was heute produziert wird, erreicht noch lange nicht die Menge, die vor dem Kriege produziert wurde, und von einer Steigerung der Gesamtproduktion kann überhaupt nicht die Rede sein. So ist z. B. die Erzeugung von Roheisen im Uralindustriebezirk von 100 Prozent im Januar d. J. stufenweise auf 62 Prozent im Juni zurückgegangen (Quelle: Der Uralarbeiter vom 9. 9. 20, das offizielle Organ des Jekaterinburger Gouvernements). So schreibt das Mitteilungsblatt Ende August über die Tätigkeit des „Sibirischen Rats für Volkswirtschaft", daß die bolschewistischen Behörden bei Eroberung des Landes sowohl viel Seife, Stoffe, Geschirr, Streichhölzer u. a. Fabrikate vorgefunden hätten, die in den Monaten März bis September an die Bevölkerung verteilt worden seien. Neue Fabrikate, die in sibirischen und russischen Fabriken rechtzeitig bestellt wurden, sind nicht geliefert worden, und so steht die sibirische Bevölkerung dem Winter mit seiner furchtbaren Flecktyphusseuche entgegen, ohne Seife zu haben. Denn alles, was unter Koltschak teils eingeführt, teils im Lande hergestellt war, ist verbraucht und Ersatz haben die Sowjetbehörden nicht liefern können. Als Beweis dafür, daß der Arbeiter in Rußland viel schlechter gestellt ist als in Deutschland, führe ich auch noch die Tatsache an, daß all die deutschen Arbeiter, die in diesem Sommer, durch falsche Versprechungen irregeführt, nach Rußland auswanderten, um sich dort eine neue Existenz zu gründen, sich nach wenigen Wochen mit allen Mitteln bemühten, wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Zweitens überschätzt Herr Pfeifer meiner Ansicht nach die Vorteile, die Rußland als Ganzes Deutschland gewähren kann. Die russischen Rohprodukte sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen im eigenen Lande sehr knapp und an eine Ausfuhr ist einstweilen gar nicht zu denken. Mein Urteil hierin stützt sich gleichfalls auf amtliche Quellen, auf Aufsätze in dem Oekonomischen Leben, dem Organ des „Zentralrussischen Rates für Volkswirtschaft", und in der Petersburger Prawda, dem Organ des Petersburger A.- und S.-Rates, in denen nachgewiesen wurde, daß die zur Verfügung stehenden Vorräte an Getreide, Leder, Flachs und Holz noch nicht einmal ausreichen, um den Bedarf im eigenen Lande zu decken und daß auch in den nächsten Jahren nicht mit nennenswerten Ueberschüssen für die Ausfuhr gerechnet werden kann. Dazu kommt, daß die Russen äußerst unzuverlässig im Halten von Versprechungen und Verträgen sind, wie alle Kriegsgefangenen und die erwähnten deutschen Arbeiter am eigenen Leibe schwer fühlen mußten.

Die Frage, wie kommt es, daß die Bolschewisten sich so lange halten, und ob das System sich durchsetzen oder zusammenbrechen werde, ist sehr schwer zu beantworten, und in russischen Angelegenheiten prophezeien, ist eine undankbare Aufgabe. Die Bolschewisten sind ans Ruder gekommen, weil sie Ende 1917 dem russischen Volke den Frieden brachten, um den es von der Kerenski-Regierung betrogen war. Sie werden von gescheiten und rücksichtslosen energischen Männern wie Lenin, Trotzky, Sinowjeff u. a. geführt, die lieber, wie Trotzky sagte, drei Viertel des russischen Volkes umkommen lassen, als von ihrem System abgehen, und sie stützen sich auf eine kleine, aber fest zusammenhaltende Schar von unbedingten Anhängern, die die Rote Armee und die Eisenbahn fest in ihren Händen haben. Alle Versuche, diese Herrschaft einer Minderheit von innen heraus zu stürzen, die immer wieder gemacht werden, werden mit grausamer Strenge unterdrückt. Die Führer der nichtkommunistischen Parteien und alle bedeutenden Gegner sitzen in den Gefängnissen und werden nach und nach umgebracht. Für Polizei- und Henkerdienste steht ihnen eine unbedingt zuverlässige Truppe, die internationalen Bataillone, zur Verfügung. Alle Versuche, von außen her Räterußland zu unterdrücken, scheitern daran, daß noch keiner der Zarengenerale über größere gute Truppen verfügte. Solange Koltschak von den Tschechen unterstützt wurde, hatte er Erfolg und rückte immer weiter vor, als sie sich weigerten, an der Front zu kämpfen, mußte er sich zurückziehen und wurde schließlich vernichtet. Vor allem sind die meisten Russen grundbesitzende Bauern und leisten der Einführung des Kommunismus erfolgreich Widerstand. Sie haben Lebensmittel genug und können die in den Städten herrschende Not noch sehr lange ruhig mit ansehen, ohne sich in das Risiko eines Bürgerkrieges einzulassen.

Zum Schluß muß ich als ehemaliger Kriegsgefangener noch erwähnen, daß es mich sehr erbittert hat, daß Herr Pfeifer mit keinem Wort der Tausende von deutschen Kriegsgefangenen gedacht hat, die noch in Rußland sind und deren Arbeitskraft von den russischen Behörden rücksichtslos ausgebeutet wird. Sie leben größtenteils unter sehr viel elenderen Bedingungen, als die von ihm so bemitleideten, in Deutschland internierten Russen. Er scheint in den sechs Wochen seines Aufenthaltes in Rußland keine Zeit gefunden zu haben, seiner Landsleute zu gedenken, die als Opfer des Weltkrieges nun schon zum zweiten dem siebenten sibirischen Winter entgegensehen; und die nur gerettet werden können, wenn nicht nur jeder einzelne, sondern auch die Gesamtheit und alle Parteien immer wieder darauf drängen, daß der Austauschvertrag endlich und restlos verwirklicht wird. Daß dies jetzt schnell geschieht, ist der größte Dienst, den uns Sowjetrußland erweisen kann, und gerade die Kommunistische Partei, die einzige Deutschlands, auf die man in Rußland hoffen hätte sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen dürfen, um etwas für die deutschen Kriegsgefangenen zu sprechen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung. Dienstag den 23. November, 1 Uhr

Am Regierungstisch: Wirth, Koch, Heinze, Geßler.

Auf Anfrage von Lersner (D. Vp.) über die Schritte der Reichsregierung zur Minderung der noch in Frankreich (Avignon) festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen antwortet Reichskommissar Stücklen: Bereits am 10. Mai 1919 wurde in einer Note die Freilassung dieser Kriegsgefangenen verlangt. Am 20. Mai antwortete Clemenceau abschlägig. Am 28. Mai überreichte die deutsche Friedensdelegation nochmals eine ausführliche Note. Darauf erfolgte keine Antwort. Wenn heute die Frage immer noch keine befriedigende Lösung gefunden hat, so trägt die deutsche Regierung an keiner Schuld. — Für das leibliche Wohl der in Avignon befindlichen Kriegsgefangenen ist von deutscher Seite alles getan worden. Augenblicklich befinden sich noch einige 50 Kriegsgefangene in dem französischen Spezialdepot Avignon und mehrere hundert in zwei Arbeitslagern. Gegen die deutschen Kriegsgefangenen sind unzweifelhaft schwere Mißgriffe vorgekommen, wogegen die deutsche Regierung energisch protestiert hat. Bisher wurden den Gefangenen von der deutschen Regierung 38 650 Frank zugewiesen, außer den monatlichen Zuwendungen von privater Seite. Die deutsche Regierung hofft, daß die Frage endlich ihre befriedigende Lösung finden wird.

Ein Notetat, durch den die Beamtenbesoldung an die allgemeine Wirtschaftslage angepaßt wird — Anfrage Kuhnert (U. Soz. rechts) —, wird alsbald nach Zustimmung des Reichsrats im Reichstag zugehen.

Der Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsopfers — Anfrage Kuhnert — sieht Milderungen für die Auslandsdeutschen vor.

Auf Einspruch Kuhnerts (U. Soz. rechts) gegen die Gerstenlieferung an Brauereien antwortet die Regierung, daß die Hinaufsetzung des Malzkontingents notwendig war, um die zahlreichen Arbeitnehmer des Braugewerbes weiter beschäftigen zu können.

Die von sämtlichen Fraktionen des Reichstags gestellte Interpellation über Vorlegung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes wird Anfang Dezember beantwortet.

Die deutschnationale Interpellation über die russischen Kriegsgefangenen bzw. Internierungslager in Deutschland wird, wie Vizekanzler Heinze erklärt, in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Anträge auf Strafverfolgung gegen die Abgg. Isenmann (Zentr.), Wulle (Dnat. Vp.), Lübbring (Soz.) und Lambkes (D. Vp.) werden nach dem Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses abgelehnt.

Die Vorlage zur Abänderung des Besoldungsgesetzes, die Ausführungsbestimmungen dazu und der Gesetzentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung werden ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Strafverschärfung bei Schleichhandel usw. wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Mittwoch 1 Uhr: Haushaltsberatung (Erfüllung des Friedensvertrags).

Schluß 2½ Uhr.

Die oberschlesische Abstimmung

Von unterrichteter Seite in Breslau erfahren wir, daß die aus Oppeln verbreitete Meldung über eine bereits getroffene Festsetzung des Termins für die Abstimmung in Oberschlesien, die auf Informationen aus der interalliierten Kommission nahestehenden Kreisen beruhen soll, sich nicht bestätigt. Der Abstimmungstermin werde erst im Laufe dieser Woche in Paris und nicht in Oppeln festgesetzt und darauf sofort amtlich bekanntgegeben werden.

Wolken über dem Stillen Ozean

Kopenhagen, 24 November. Einige japanische Zeitungen erörtern, wie ein Telegramm aus London meldet, die Möglichkeit eines Krieges mit den Vereinigten Staaten. Die Zeitungen sehen über den Stillen Ozean schwere Wolken heraufziehen und richten auf die Vereinigten Staaten und deren politisches und wirtschaftliches Vorgehen heftige Angriffe. Diese Zeitungen sagen, daß der Vorhang jetzt aufgehe zu dem großen Rassenkrieg, der ausgekämpft werden müsse.

Petljura vor dem Ende

Stockholm, 24 November. Im Frontbericht des Generalstabes der Roten Armee vom 23. November heißt es: Aktive militärische Aktion gegen Petljura habt angefangen; vollständige Vernichtung dieses Heeres kann bald erwartet werden. Petljuras Kavalleriedivision ist ganz zerstreut und geschlagen. Während der letzten drei Tage sind 30 Kanonen und 70 Maschinengewehre genommen.

Kiews Räumung

Berlin, 24. November. Nach Meldungen der Berliner Blätter ist Kiew von den ukrainischen Truppen geräumt worden.

Deutsches Reich

Auftakt zur Abstimmung?

Oppeln, 23. November. Eine Verordnung der Interalliierten Kommission bestimmt für die Bewohner Oberschlesiens beider Geschlechter, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, die Einführung einer Legitimationskarte, die von der Ortsbehörde nach einem vorgeschriebenen Muster in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1920 ausgestellt werden muß. Diejenigen Personen über 16 Jahre, die seitdem 31. Juli 1919 nicht ständig im Abstimmungsgebiet ihren Wohnsitz hatten, erhalten diese Legitimationskarte nur, wenn die Ortsbehörde in Uebereinstimmung mit einer besonderen Kommission ihre Ausstellung beschließt. In jedem Kreise wird eine solche beratende Kommission, die paritätisch zusammengesetzt ist, gebildet. Ihren Beratungen wird der Kreiskontrolleur als Vertreter der Besatzungsbehörde zugeteilt. Die Interalliierte Kommission entscheidet in den Fällen, in denen die Kommission die Ausstellung einer Legitimationskarte nicht befürwortet. **Jede Person, der diese Karte verweigert wird, hat das Abstimmungsgebiet innerhalb 14 Tagen zu verlassen.** Die Verordnung setzt Geld- oder Gefängnisstrafen für jeden fest, der den Zivil- und Militärbehörden nicht seine eigene, sondern eine fremde Karte vorzeigt oder seine Karte einem Dritten überläßt.

Beuthen, 22. November. Aufgehoben ist nach einer Verordnung der Interalliierten Kommission vom 28. Oktober die Anwendung des preußischen Gesetzes vom 31. März 1920, nach dem die Gemeinden sowie sämtliche Dienststellen des öffentlichen Rechts verpflichtet werden, freiwerdende Stellen mit Beamten zu besetzen, die aus abgetretenen Teilen Preußens stammen.

Ungesühntes Blut

Unser Breslauer Parteiblatt richtet an den Oberstaatsanwalt folgende öffentliche Anfrage:

Wie wir bestimmt wissen, hat am 18. oder 19. April der Leutnant Kaufmann, Führer der Pionierkompanie von der 3. Marinebrigade, bei seiner Vernehmung vor dem Kriegsgerichtsrat in Gladbach erklärt, daß er am 14. März 1920 von einem Breslauer Kriminalkommissar den Auftrag zur Verhaftung von Voronow, Krause, Schramm, Remane und Zisowski erhalten habe. Leutnant Kaufmann hat genaue Angaben über den betreffenden Kommissar gemacht.

Die Genannten sind, wie erinnerlich, sämtlich ermordet worden.

Was hat der Herr Oberstaatsanwalt zur Feststellung der Persönlichkeit des Kriminalkommissars getan oder was gedenkt er zu tun?

Dr. Heim in Ungarn

Aus Budapest meldet die B. Z. am Mittag die Ankunft des Abgeordneten Dr. Heim aus München zu geschäftlichen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung.

Neuer Mord in Oberschlesien. Nach der B. Z. am Mittag ist in Michalkowitz der wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung schon mehrfach angegriffene 75 Jahre alte Bauer Kupny von drei maskierten Polen ermordet worden.

Die Gastwirte wollen streiken. Die Vereine und Verbände des Berliner Gastwirtsgewerbes haben in einer Versammlung gegen das Urteil im Prozeß gegen das Edenhotel Einspruch erhoben und beschlossen, beim Ministerium vorstellig zu werden, damit die Gastwirte künftig nur als Verbraucher angesehen werden. Es ist in Aussicht genommen worden, zu einem bestimmten Termin sämtliche Betriebe zu schließen, wenn diese Forderung nicht bewilligt werden sollte.

Verurteilter Kommunist. Wie berichtet wird, ist der Schwabinger Kommunistenführer Gärtner Streidel vom Volksgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden.

Vorstandswahl in der Zentrumsfraktion. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, ist gestern die endgültige Wahl für den Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages erfolgt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Abg. Geheimrat Trimborn gewählt; 2. Vorsitzender wurde Abg. Becker, Arnsberg, und 3. Vorsitzender Abg. Burlage. Die Notwendigkeit der Neuwahl hat sich u. a. daraus ergeben, daß mehrere Mitglieder des früheren Vorstandes, vor allem die jetzigen Reichsminister, ausgeschieden waren. Die Reichsminister sollen in Zukunft in den Vorstandssitzungen beratende Stimmen haben.

Antrag auf Beschlagnahme des Hohenzollern-Vermögens. Wie die V. P. N. hören, bereiten die Sozialdemokraten eine Resolution zur Verfassung vor, in der sie die **Staatsregierung auffordern**, ein Reichsgesetz herbeizuführen, durch welches das **Vermögen der Hohenzollern** dem preußischen Staat **ohne Entschädigung übereignet wird**, während diesem die Verpflichtung auferlegt wird, allen jetzt lebenden Mitgliedern des Hauses Hohenzollern eine angemessene Unterhaltsrente bis zu ihrem Ableben zu gewähren.

Die Kosten der amerikanischen Besatzung. Wie aus Koblenz gemeldet wird, heißt es im Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs, daß die Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland sich auf 257 Millionen Dollar beliefen, wovon Deutschland bisher 32½ Millionen bezahlt habe.

Dresdn. Polizeibericht

Falsche Fünfzigmarkscheine der Ausgabe vom 24. Juni 1919 (grün) „Reihe 2, Kontrollbuchstaben F b" sind am 19. und 20. November 1920 von einem Unbekannten hier in Verkehr gebracht worden. Sie sind 3 bis 4 Millimeter kürzer als die echten Scheine, der Gesamteindruck der Vorderseite ist verschwommen. Der Unbekannte, der anscheinend Handelsmann ist und eine braunlederne Handtasche bei sich trägt, ist 50 bis 60 Jahre alt, mittelgroß, untersetzt, hat kräftigen grauen Schnurrbart, ist bekleidet mit rotbraunem Ueberzieher. Er kauft in Geschäften, besonders mit weiblicher Bedienung, Kleinigkeiten und zahlt mit den vorbezeichneten Falschscheinen.

Einbrüche. In der Nacht zum 23. November ist in ein Goldschmiedegeschäft in der Pillnitzer Straße eingebrochen worden. Den Dieben sind Gold- und Silbersachen, u. a. Zigarettenetuis aus Alpakasilber, auf denen sich auf der einen Seite in einer Ecke ein emaillierter Band mit griechischem Muster befindet, und solche mit der Aufschrift „Marke Kraft" sowie Zigarettenspitzen aus Silber mit weißem Mundstück in die Hände gefallen. Der Bestohlene hofft zur Wiederherbeischaffung der Waren eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes zugesichert. — Aus einem Warenlager in der Kleinen Plauenschen Gasse sind in der Nacht zum 22. November mittels Einbruchs Scheibenhonig, Mehl, kondensierte Milch-, Kern- und Feinseife von bedeutendem Werte gestohlen worden. — Ferner sind bei einem in der Nacht zum 21. November verübten Einbruch in eine Verkaufsstelle des Konsumvereins Vorwärts am Markgraf-Heinrich-Platz 97 Herrenhemden, 13 Paar neue Damenschnürstiefel, 7 Paar Kinderstiefel, ferner weiße und gemusterte Vorlestoffe, einfarbiger Cheviot, karierte Kleiderstoffe, baumwollener dunkelblauer Satin, gestreifter und einfarbiger ungebleichter Hemdenbarchent und Nessel sowie rotkariertes Bettleinen gestohlen worden. Von den Tätern ist ein dunkelblauer Trikotsack, eine kurze Tabakspfeife und ein hellgrauer, gestrickter Fingerhandschuh am Tatort liegengelassen worden.

Bilderdiebstahl. Aus einer hiesigen Kunsthandlung sind drei Aquarelle von Paul Klee und Alfred Glatier mit schmalem, braungebeitztem Rahmen gestohlen worden. Ein Bild stellt Küchenballen dar und ist „A. K. 118" gezeichnet, ein Bild stellt eine männliche Figur (Alt) dar und ein Bild hat die Auszeichnung „1914/129 — P 4852". Die Kriminalpolizei bittet zu diesen Diebstählen um sachdienliche Mitteilungen und warnt vor Ankauf der Sachen.

Diebstahl einer Kupferscheibe. In der Schiffswerft Uebigau ist in der Zeit vom 22. bis 23. November aus einem Werkraume eine Kupferscheibe von 28 Zentimeter Durchmesser und 13 Millimeter Stärke gestohlen worden. Wer hierzu sachdienliche Angaben machen kann, wolle dies dem Kriminalposten Trachau, Roßmäßlerstr. 14, mitteilen.

Gestohlen wurden in der Nacht zum 24. November in Friedersdorf bei Pulsnitz zwei Pferde, und zwar ein hellbrauner Wallach, 9 bis 10 Jahre alt, zirka 165 Zentimeter hoch, eine schwarzbraune Stute, 5 Jahre alt, mit kleinem weißem Stern (beide Pferde sind gekoppelt), sowie ein Wirtschaftswagen und zwei Ackerpferdegeschirre. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Landeskriminalpolizei, Dresden, Schießgasse 7, III., oder die nächste Gendarmeriestelle erbeten.

Gasvergiftungen. In der Kronprinzenstraße war ein sechzehnjähriges Mädchen und in der Pollerstraße ein 26jähriger Mann durch Einatmen von Leuchtgas bewußtlos geworden. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren in beiden Fällen nach zirka zwanzig Minuten von Erfolg.

Devisenkurse

Berlin, 23. November. (Amtlich.)

		23. 11. Geld	23. 11. Brief	22. 11. Geld	22. 11. Brief
Holland	100 Gulden	2047,95	2052,05	2087,90	2092,10
Schweiz	100 Frank	1043,05	1046,05	1051,40	1053,60
Wien (alte)	100 Kronen	—	—	—	—
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	20,77	20,88	20,77	20,88
Prag	100 Kronen	86,15	86,35	84,90	85,10
Spanien	100 Peseten	884,10	885,90	864,10	865,90
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	454,50	455,50	434,55	435,45
Italien	100 Lire	259,70	260,30	254,70	255,30
London	1 Pfd. Sterl.	239,75	240,25	236,75	237,25
Neuyork	1 Dollar	68,93	69,07	67,18	67,82
Paris	100 Frank	417,05	417,95	409,55	410,45

Sachsens Kohlennot

Wie man am grünen Tisch über Sachsens Kohlennöte denkt

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Sachsens Kohlennöte schreien zum Himmel — in Berlin aber „errechnet" man aus dickleibigen Aktenbänden, daß das gar nicht wahr ist!. In Sachsens Papier-, Zellstoff- und keramischer Industrie, in Spinnereien und der Schwerindustrie können trotz vorliegenden Millionenaufträgen Hunderte von Schornsteinen nicht rauchen, weil es an Kohle fehlt — in Berlin aber sagt man, Sachsen sei (nicht lachen!) besser beliefert als andre Länder!

Soll man das für möglich halten? Leider muß man es, denn das, was uns ein sachverständiger Mitarbeiter darüber schreibt, läßt keinen Zweifel zu. Man höre nur:

Anfang Oktober hatte der Landeskohlenkommissar den Reichskohlenkommissar auf die völlig unzureichende Kohlenbelieferung Sachsens aufmerksam gemacht und auf die Folgen eines Zusammenbruchs der Industrie. Es wurde der Reichskohlenkommissar ersucht, angesichts der sächsischen Wirtschaftsnöte eine Erhöhung des Kohlenkontingents vorzunehmen.

Darauf antwortete unter dem 7. Oktober der Reichskohlenkommissar, daß „das Land Sachsen sehr erheblich besser beliefert worden" sei als Preußen. In Deutschland habe sich im August für die Industrie die Steinkohlenzufuhr vermindert, in Sachsen aber vermehrt. Eine Besserung der Kohlenbelieferung könne daher nicht in Aussicht gestellt werden!

Die Antwort ehrt die Buchstabengläubigkeit der Berliner Zentralstelle, beweist aber zugleich, daß man noch immer nicht gelernt hat, zu sehen, daß Sachsen eben ganz andre Verhältnisse hat als andre Länder. Sachsen hat nur 7,7 Prozent der Einwohner des Reiches, aber 29 Prozent aller Erwerbslosen. In Deutschland gibt es Länder, wie z. B. Mecklenburg, wo es überhaupt keine Arbeitslosen gibt, so daß man schon dadurch veranlaßt werden sollte, Sachsen mit ganz anderm Maßstabe zu messen. Tatsächlich ist Sachsens Zufuhr an Steinkohle in jenem Monat August gestiegen — nämlich um ganze 6600 Tonnen. Es ist ganz unverständlich, wie der Reichskohlenkommissar sagen kann, daß die Kohlenversorgung andrer Länder „wesentlich schlechter" sei als diejenige Sachsens! Ist es denn so furchtbar schwer zu begreifen, daß Sachsen, wo 82 Prozent aller Bewohner der Industriebevölkerung angehören, anders gewertet werden muß als Mecklenburg, Bayern oder Oldenburg? Hier kommt man doch mit einer rein zahlenmäßigen Betrachtung nicht aus.

In Sachsen konnten in dem angezogenen Monat August der Industrie an Steinkohle nur 52,2 Prozent, Briketts nur 68,1 Prozent, böhmische Kohle nur 53,8 Prozent der Bedarfsmengen überwiesen werden. Sachsen hat nur 27 Prozent der im letzten Friedensjahr aus Böhmen bezogenen Kohlenmenge zur Verfügung (monatlicher Ausfall 220 000 Tonnen!). Dieser Ausfall bedeutet geradezu eine Abgabe von Kohlen an einen Ententestaat und verschlechtert die Lage Sachsens ganz gewaltig. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet müßte Sachsen eigentlich genau so behandelt werden wie die Landesteile, denen als Ersatz für ausfallende Ruhrkohle heute Brennstoffe aus andern Kohlenerzeugungsgebieten zwangsweise zugeführt werden.

Trotzdem muß Sachsen seit einem Jahre von seiner monatlichen Minderförderung von 100 000 Tonnen und trotz Mindereinfuhr noch 29 000 Tonnen als „Entente-Ersatz" an Hamburg, Magdeburg, Kassel und Württemberg abgeben. Der Leidtragende ist wiederum die sächsische Industrie und damit die sächsische Arbeiterschaft. Ferner muß Sachsen als Ersatz für ausfallende oberschlesische Kohle 10 000 Tonnen sächsischer Steinkohle für die Eisenbahnen liefern, seit 1. Juli 1919 sogar noch monatlich 6000 Tonnen mehr. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Grobsorten, die überwiegend dem Hausbrand entzogen werden. Volle 10 Prozent der sächsischen Gesamtförderung muß Sachsen als Zwangsumlagen abführen (34 300 Tonnen). Es muß ferner der im Kriege entstandenen Deutschen Erdöl A.-G. in Rositz monatlich weit über 30 000 Tonnen Briketts liefern, damit Oel daraus für ganz Deutschland hergestellt werden kann. Diese Mengen werden Sachsen aber nicht angerechnet! Ebensowenig die 17 000 Tonnen, die an den badischen und württembergischen Hausbrand, und die 1000 Tonnen, die an die bayerischen Elektrizitätswerke gehen als Ruhr-Ersatz. Bayern entnimmt ferner doppelt und dreifach mehr als früher sächsische Briketts, woraus hervorgeht, daß sich im Laufe der Zeit eine unerwünschte Belastung der Braunkohlenwerke Sachsens und Altenburgs herausgebildet hat, die man nicht anders als „indirekte Zwangsumlagen" bezeichnen kann, denn die nach Bayern gelieferten Mehrmengen sind Ersatzlieferungen für vorher aus andern Gebieten bezogene Brennstoffe und gehen den alten Abnehmern verloren. So stehen an böhmischer Braunkohle, sächsischer Steinkohle und Braunkohlenbriketts statt 1 032 500 Tonnen wie 1913 nur noch monatlich 727 400 Tonnen, also 305 100 Tonnen weniger zur Verfügung. Davon gehen noch ab die 81 300 Tonnen Zwangsumlagen, so daß uns monatlich 386 400 Tonnen fehlen. Konnten 1913 in Sachsen 12 066 526 Tonnen verbraucht werden, so 1919 nur noch 8 859 284 Tonnen! Das ist eine Abnahme von 3 703 242 Tonnen, d. h. um 29 Prozent! Dabei haben wir heute weit mehr Industriebetriebe als 1913!

Alles das scheint man in Berlin beim Studium der Aktenbände völlig übersehen zu haben. Man rechnet dort: Mecklenburg hat soviel, Sachsen aber so und soviel mehr bekommen, ergo ist Sachsen ein besser beliefertes Land — fertig! Zu dem allen wird auch noch folgendes übersehen: In Sachsen ist die Hausbrandversorgung und vor allem die Versorgung des Kleingewerbes sehr kritisch. Das Kleingewerbe hat in Sachsen eine Entwicklung erreicht wie nirgends sonst in Deutschland, ja überhaupt kaum in einem andern Lande. Der Anteil des Kleingewerbes an der gesamten Hausbrandversorgung der Versorgungsbezirke ist daher von größter Bedeutung; er beträgt bis zu 25 Prozent! Das heute Sachsen zugesprochene Kontingent ist völlig unzureichend, insbesondere dann, wenn, wie im Vorjahre, wiederum nur etwa sieben Scheinreihen zur Belieferung kommen. Holz und Torf sind nicht in dem Umfange zur Verfügung wie in andern Ländern. Versagt nun die Hausbrandversorgung, wie es bei der jetzigen Kontingentierung Sachsens unausbleiblich ist, so steht das Kleingewerbe vor dem Zusammenbruch. Auf diese Gefahr, die zu den schwersten Erschütterungen des Wirtschaftslebens und zu einem weiteren gewaltigen Anschwellen der Zahl der Erwerbslosen mit ihren Folgen führen muß, kann nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden. Es muß das Bestreben aller verantwortlichen Stellen sein, schon um die heutige hohe Erwerbslosenziffer herabzusetzen, für die Erwerbslosen Arbeit zu schaffen und sie von der Straße in die Arbeitsstätten zu bringen.

Man übersieht in Berlin eben, daß Sachsen tatsächlich ein zusammenhängendes Industrie-Zentrum ist in unvergleichlich schwierigerer Lage als alle andern Bundesstaaten, weil Sachsen ohne erhebliche Landwirtschaft und ohne das gewaltige landwirtschaftliche Hinterland der preußischen Industriegebiete ist und daß es deshalb allen Gefahren und Erschütterungen der jetzigen Zeit ungleich stärker ausgesetzt ist als irgendein andrer deutscher Staat.

Der Reichsarbeitsminister hat dieser besonderen Notlage Sachsens Rechnung getragen, indem er der sächsischen Textilindustrie große Aufträge zugewiesen hat. Aber wie sollen die ausgeführt werden, wenn Sachsen nicht mehr Kohle bekommt? Was nützt's, wenn die Berliner Alten uns für genügend beliefert „erachten", indessen bei uns die Schornsteine nicht rauchen?

Uns, die wir täglich mit eigenen Augen die furchtbare Not unsres Wirtschaftslebens und die dadurch bedingte Not unsrer 120 000 Erwerbslosen sehen, uns ist es einfach unverständlich, wie man am grünen Tisch die so ganz anders gearteten Verhältnisse Sachsens völlig übersehen und einen Maßstab anlegen kann, der für das agrarische Mecklenburg passen mag, aber doch weiß Gott nicht für das industrielle Sachsen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kammer-Lichtspiele **Kammer-Lichtspiele**

Der größte Filmerfolg! Das Tagesgespräch von Dresden!

! 6 Akte **Das Mädchen aus der Ackerstrasse** 6 Akte !

Verlängert!!! Ein Mädchenschicksal. Reinh. Schünzel ✣ Lilly Flohr ✣ Rosa Valetti. Verlängert!!!

Kammer-Lichtspiele **Kammer-Lichtspiele**

4. Unterbezirk

Sonntag den 28. November, mittags Punkt 1 Uhr

Kreiskonferenz

im Jugendheim, Dresden-Neustadt, Oppellstraße.

Tages-Ordnung:
1. Die Regierungsbildung in Sachsen.
2. Die Anstellung eines Sekretärs für den 4. Unterbezirk. [b 418

Pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Soziald. Verein Dresden-A.

5. Unterbezirk.

Freitag den 26. November, abends 7½ Uhr

Gruppenversammlungen

mit Vortrag:

Was lehren die Landtagswahlen.

1. Gruppe: Dampfschiffhotel, Terrassengasse, Ecke Münzgasse. Referent: Verbandsbeamter Genosse Willi Liebe.
2. Gruppe: Restaurant Nowak, Böhmerstraße 35. Referent: Genosse Ernst Böhel, M. d. L.
3. Gruppe: Restaurant zum Senefelder, Kaulbachstraße 16. Referent: Stadtverordneter Genosse Bruno Schiller.
4. Gruppe: Restaurant Wilsdruffer Vorstadt, Freiberger Straße 9. Referent: Stadtv. Georg Elsner.
5. Gruppe: Dresdner Volkshaus, Altenbergstraße. Referent: Verbandsbeamter Genosse Adolf Jetzschmann.
6. Gruppe: Restaurant Scholze, Schnorrstraße 62. Referent: Genosse Max Schocke.
7. Gruppe: Restaurant Bernert, Böhmischplatz, Ecke Ellensstraße. Referentin: Genossin Dr. Marga Siegmann.
8. Gruppe: Restaurant Fiedler, Zwickauer Straße 31. Referent: Genosse FriedrichÄdler. [b 420

Bericht des Vorstandes. — Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert zum Eintritt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels Sonntag den 28. November, nachmittags 3 Uhr, im Künstlerhaus, Grunaer Straße, Ecke Albrechtstraße, künstlerische Gedächtnisfeier. Kammermusik, Festrede, Rezitationen, Gesang. Karten à 1.50 M. bei den Gruppenvorsitzenden, in der Volksbuchhandlung und deren Filialen, im Kartell und an der Kasse. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Bezirke Dresden-N.

Freitag den 26. November, abends 8 Uhr

Wichtige Versammlungen

in den bekannten Lokalen. [b 416

Gruppe 4 in Schmidts Restaurant, Alaunstraße 88.

Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist erwünscht. Der Vorstand.

Bez. Piesehen.

Freitag abend:

Sitzung

in der Börse. [b 416

Bezirk Meißen

und Umgebung.

Freitag, abends 8 Uhr:

Sitzung

im Ratskeller Altkötzschenbroda

Bezirk Radebeul.

Freitag den 26. November, abends 7½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

in den Vier Jahreszeiten.

Tagesordnung: [b 416

Landtagswahlen, Anträge, Berichte und Schaffragen.

Das Zimmer ist geheizt. — Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Bezirk Reichenberg

Freitag den 26. November, abends 8 Uhr in der Brauerei [b 416

Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung

Wichtige Tagesordnung.

Es ist Pflicht sämtlicher Parteigenossen, zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Gruppe Radeberg.

Freitag den 26. November, abends 7½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof zum Rolf. [b 416

Es möchte kein Genosse in dieser Versammlung fehlen. Die Gruppenleitung.

Int. Frauen-Friedensbund, Zürich

Ortsgruppe Dresden

veranstaltet eine Vortragsfolge:

Der Weg zum Frieden.

1. Vortragsfolge: 25. bis 27., 29. u. 30. November: Körper- u. Atempflege, Eugenik u. Verjüngungslehre.
2. Vortragsfolge: 3. bis 12. Dezember: Harmonieübungen, 8. u. 12. Dezember: Die Auslegung der Offenbarung Johannis.

Alle Vorträge finden im Hausfrauenbund-Saal, Wilhelmmannstr. 4, abends 7 Uhr, statt. Karten an der Abendkasse. Ein Abend 2 M. Für alle Vorträge Einzeichnung. [b 123]

Billige Streichhölzer

Paket 2.40, 3 Pakete 7.00 M.
Schmalz II Pfd. 17.50, Schmalz I Pfd. 22.50
Tafel-Margarine, Pfund 14.00 M.
Schokolade, 3 Tafeln nur 17.50 M.
Nur Große Brüdergasse 37. [b 125

Spülapparate

Spritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Verfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.

Frau Heusinger, Am See 37.

Frauen, Mädchen Wenden Sie sich bei Regelstörungen Symbolnat an mich. Sie haben mit meinen Spezialmitteln in 3 Tagen Erfolg. Garant. unschädlich. Diskreter Versand. Johanna Hartmann, Hamburg 287, Hohe Bleichen 34. [28

Damen empfiehlt Spülapparate, Spülkannen, Schläuche, Leibbinden sowie sämtl. hygien. Frauenartikel und wenden sich vertrauensvoll an Sanitätshaus Frauenhoff, Wilsdruffer Str. 24, Pillnitzer Straße 16, Prager Straße 46, Kesselsdorfer Str. 4 und Hauptstraße 16. [b 253]

Hygienische Artikel Frauentropfen, Spritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Dauerwäsche. Frau Noack, jetzt Freiberger Str. 120 am Cristolplatz. [m 180

Frauen-Artikel empfiehlt vertrauensvoll Frau Leger, Grüne Str. 11.

Raucherdank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzust. Wirkung verblüff. Ausk. umsonst. Sanitätsst. Gg. Engelbrecht Mügeln R. 105. Bezirksstr. 1.

Zahnpulver Zahnpasta „23" Blendend weiße, gesunde Zähne. In allen Aerzten, Drogerien u. Parfümerien

Von 1—6 Uhr perf. Flügelgarderobe, 285.— M. (2 Stehlädchen), 2 Stück Delta-Alle 23, 1. Kreuz.

Große Wirtschaft Heute sowie jeden Mittwoch **Kaffee-Konzert** im Saale. Anf. 4 Uhr.

Schloßkeller Schloßstraße 16 [1257 Gast. Einkehrstätte :: Behaglich gedeckte Räume **Gr. Mittags- u. Abendtisch** Gedecke zu M 5.—, 8.—, 12.— von 11½, bis 3 u. 6½, bis 9 Uhr. 8 prozt. Krimbacher Vollbier

Gasthaus Eiche Gr. Plauensche Str. 34, 5 Min. v. Hauptbhf. Empfehle meine billigen Fremdenzimmer sowie gute bürgerliche Küche. Vereinssaal für 80 Personen frei. [1335 Hochachtungsvoll P. Pötzschke.

Ball-Anzeiger für Donnerstag den 25. November

Constantia Cotta, Straßenbahn 19, 21, 13 Heute Reunion. Minkwitz-Orchester.

Goldne Krone Strehlen, Haltestelle Linie 8. Altbiskor, Lieder, Tänze. Erstklassige Blasmusik.

Hallacks Etablissement Königsbrücker Str. 10 Künstlerkapelle.

Palmengarten mit Wintergarten und Tanzdiele. [1256

Annen-Säle Fischhofplatz 10. Heute Mittwoch, 24. November Großer, außergewöhnlich feiner **Herren- und Damen-Ball** zugunsten der Krüppelhilfe. Anf. 6½ Musik phänomenal! Anf. 6½ Versäume niemand.

Paradiesgarten Dr.-Zeschartitz a. Endstat. Linie 6 Donnerstag, 6½ Uhr **Feiner öfftl. Ball** Stimmungsvolle Musik :: Gr. Schlachtfest Voranzeige: 18. u. 19. Novbr. Z bleibt Z

Großes oberbayr. Volksfest Grüne Wiese Gruna Linie 12 Jeden Donnerstag ab 6 Uhr Großer, öffentlicher **Damenball** Vorzügliches Orchester Stimmung — Humor.

Elysium Endstation Linie 3, Linien 1 und 16 (Bergstraße). Morgen Donnerstag, ab 6½ Uhr **Feiner öffentl. Damen-Ball** Tadelloses Parkett. [1258] Tadellose Musik.

Weißer Adler Kurhaus Loschwitz Straßenb. 11, 14, 1 u. Drahtseilbahn. Jeden Donnerstag der beliebte Gesellschaftsball. (Reunion) Kurkonzert! Ball! Anfang 6 Uhr! Nach Schluß Sondermenu. Großes Wiener Orchester.

Bunte und weiße Putzlappen bester Ersatz für Putzwolle liefert gewaschen und ungewaschen **W. Klickermann Nachf.** Hermann Kaiser [a 306 Dresden-A., Verwerkstr. 34. Fernspr. 20855 u. 20857 Anlieferung Rohprodukten-Großhandlung Dresden. Altpapier und alle Stoffabfälle werden zu höchsten Preisen übernommen.

Kautabake, 10 Sorten beste Rochhäuf. Spezialfabrikate in Rollen, Schlingen und Stangen, stets frisch u. saftig. Preis 2 M. **Orig. Dänischer** Kautabak, Pfund 3 Mark. Neue Kunden ohne Kauf wann unentgeltliche Kostprobe. Man erkundige sich bei seinen Bekannten über meine Kautabake Wiederverk. Spezialofferte Größtes Kautabakspezialgeschäft am Platze! Johannes Philipp, Große Brüderg. 5 (b. Schlußkr.) u. Ammonstr. 40 (gegenüb. Fr. Feuhr.)

Billige Schuhbesohlung! Sohlen u. Absatzflecke 3. Leihstanzmaschine! Sohlen v. 75 p. Paar, Absatzflecke v. 40 p. St. an empf. Schuhexport B. Blaum, Wilsdruffer Str. 28.

Eilt! Alte Zeitungen Zeitungspapier 1.50, Bücher 1.—, Zeitschriften 1.20 M. per Kilogramm, auch Lumpen u. Mehl, sowie Altpapier scheine der volle Wert. Einkauf nur Rosenstr. 17.

Wobsa Große Brüdergasse 12/14 Donnerstag **Schlachtfest**

Fremdenhof z. d. 3 Raben Dresden-A., Marienstraße 12/29 Dresden-A., Marienstraße 18/20 Fernruf 20070. Empf. meine renom. Gesellschaftsräume z. Abhaltung v. Festlichkeiten u. Versamml. Weißer Saal f. 200 Pers., grüner Saal f. 150 Pers., Bankett-Zimmer für 40 Pers., Renner-Zimmer f. 30 Personen. Vorzügliche Küche preiswerte Weine. Karl Radisch sen. u. Rud. Radisch. [1250

Aus Privatband 3 verk.: Damenmantel, Knabenanz., Mädchenkl. (8-14 J.), Mädch.- u. Knabenschürzen, Hüte, Mützen, Damenschuhe (39), verschl. Kinderw., niedr. Schaukl., Verch. Blitzbadem., 2 eis. Betts., Badekorb, Gaskrone. Nicolaistr. 5, 2 r.

Ziehung 10. bis 14. Dezbr. **Geld-Lotterie** des Wohltätigkeitsvereins **Sächs. Fechtschule** Höchstgewinn im günstigsten Fall: 75000, Prämie: 50000, 25000, Ersatzgewinne: 10000, 5000 usw. Los 1 Mk. 3.60 (Postgeld und Liste 50 Pf. 1.—) durch den Hauptvertrieb **Alexander Hessel** Dresden, Wolfs Garten 1. Postscheckkonto Leipzig 20712.

Oetker's Rezepte

gelingen immer! Man versuche:

Spekulatius.

Zutaten: 100 g Butter oder Fett, 180 g Zucker, 350 g Mehl, ½ Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver, ¾ Päckchen von Dr. Oetker's „Backin", 6 Eßlöffel voll Milch oder Wasser.

Zubereitung: Butter und Zucker werden schaumig gerührt, dann fügt man das Eiweißpulver und die Milch hinzu und arbeitet alles gut durcheinander. Der Teig wird messerrückendick ausgerollt, mit Blechformen ausgestochen und auf ein gefettetes Blech gelegt und schön knusperig gebacken.

Preiswerte Wäschestoffe

71 cm	Windelstoff	Meter	12.85
82 „	Hemdentuch	„	14.85
82 „	Hemdentuch	„	15.85
82 „	Hemdentuch, echt Elsäff.	„	18.85
130 „	Hemdentuch, „ „	„	39.50
84 „	Stangenleinen	„	40.00
130 „	Stangenleinen	„	63.00
84 „	Damast, echt Elsäff.	„	48.00
130 „	Damast	„	69.00
130 „	Linon	„	48.00
160 „	Rohkretonne	„	48.50
60 „	Rohkretonne	„	13.90
86 „	Hausmacher-Bettzeug	„	19.85
	Abfall-Wischtücher, 55×55 cm	Stück	3.85
1 Partie	Barchent	Meter	15.50

Edmund Feodor Hesse Dresden-Altstadt [1836

1. Geschäft: Kreuzstraße 4, im Neuen Rathaus, Tel. 17 775
2. Geschäft: Kreuzerstraße 2, Ecke Dürerstraße Tel. 17 774

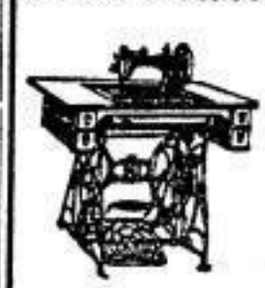
Engros-Abt.: Gr. Kirchgasse 2, 1., Tel. 17 775, 17 774.

„Das ist des Weines Herrlichkeit: Er ist bestimmt für Freud und Leid. Darum soll ein Gläschen Wein Von Spielhagen willkommen sein."

Weiße Rhein- und Moselweine / Franz. Rotweine / Bowlenweine / Billigste Preise

C. Spielhagen Kellerei + Weingroßhandlung + Kellerei 9 Annenstraße / Bautzner Straße 9 Fernsprecher 18356 und 21381 [1833

Naumann



Nähmaschinen sind anerkannt die besten! Zirka 3 Millionen im Gebrauch.

Die Nähmaschine gehört zu den unentbehrlichsten Dingen des Haushaltes. Daher ist es natürlich sehr wichtig, beim Ankauf die richtige Wahl zu treffen. Es gibt Nähmaschinen, die ein Menschenalter aushalten, und solche, die nach kurzer Zeit verbraucht und daher für jeden Preis zu teuer sind.

Wer von uns kauft, hat die Gewähr, das Beste zu erhalten.

Kulanteste Bedingungen!

Reparaturen sachgemäß, prompt u. preiswert!

Fernsprecher 18 283. [1268

Kostenfreier Unterricht im Nähen, Stricken u. Häkeln

Karl Winkler G. m. b. H. Hauptniederlage Seidel & Naumann Struvestr. 9 • König-Johann-Str. 19.

Herren- und Damenstoffe, Samt, Krimmer usw. Hermann Schulz, Dresden-A. Marienstraße 9. Eing. Portikus. [b 1290]

Echt Elfenbein Damentaschen Leder 30-50-100-usf. Besuchstaschen Leder 30-40-50-60-75-100-150-usf. Weisenhausstr. 27

Echt gold. Trauringe billiger 333 gestempelt, Paar v. 180 M. an 585 gestempelt, Paar v. 280 M. an Hauff & Weber Dresdner Platz [1231

Gelegenheitskäufe in Uhren und Schmucksachen unter Garantie, sehr preiswert. Trauringe, 333 und 585 gestempelt, von eigenem Golde hergestellt, daher bedeutend billiger. [1237 **J. Frenkel, Bautzner Str. 40**

Achtung! Betriebsräte! **Weihnachtskerzen für Fabriken** Zu Wiederverkäuferpreisen liefert billigst Kerzenfabrik Schwarzmann, Dresden, Talstraße 2.

Zahnsgänse u. Futter finden Sie für Rind, Pferde, Schweine, Geflügel, Kanin, Singvögel, Plaisirhuhn, Reformat. Gebäck und Fleisch für Hunde und Katzen. Gr. Wagner u. Brackmanns Futterfalk. Reinkuchenmehl, Torfmöbeln. [1237 Dünger f. Garten, Wiese, Feld. Thomasmehl, Kali, Hornspäne. Franz Denne. [1217

Jacketifutter Filet-Spitzen und Moire Tüll- und Stickereiröcke Volants Paillettenkleider und Moire Kragen und andere Trägen [1179 Wäschaufsteckerei **Carstensen** Pillnitzer Straße 6

Ein Reichsgerichtsurteil, das den Kettenhandel schützt

Unter der Ueberschrift **Preisabbau und Kettenhandel** veröffentlicht Staatsanwaltschaftsrat **Weiland** in **Freiberg**, offenbar gestützt auf Erfahrungen im gerichtlichen Kampfe gegen den Preiswucher, in den Leipziger Neuesten Nachrichten folgende beachtliche Ausführungen:

Allüberall im Deutschen Reiche ertönt gegenwärtig der Ruf nach einem alsbaldigen **Preisabbau**. Jeder leidet unter den hohen Preisen; alle Volksschichten haben an einer allgemeinen Preissenkung das gleiche Interesse. Und doch will es nicht anders werden! Ueber den Grund dieser Erscheinung vermag niemand besser Auskunft zu geben als der praktische Jurist, der tagtäglich sehen und hören muß, wie der **Kettenhandel** die Preise in die Höhe jagt und sie auf dieser erhält. Ein Beispiel, deren Tausende gebracht werden können, mag das erläutern:

Ein großer Posten Schuhe bester Qualität hatte beim Erzeuger 120 Mark das Paar gekostet. Die Schuhe gingen durch ein paar Hände, und im Handumdrehen kostete das Paar 165 Mark. Was diese Schuhe den unglücklichen Verbrauchern gekostet haben würden, wenn die Schiebung nicht rechtzeitig entdeckt worden wäre, das zu ahnen überlasse ich denen, die im letzten Frühjahre, wo die Sache passierte, sich notgedrungen Schuhe beschaffen mußten. Für 120 Mark gab es damals Schuhe, und auch für das leidende Volk hätte es welche zu diesem Preise gegeben, wenn eben nicht sich unnütze Parasiten in Gestalt von Schiebern zwischen Erzeuger und Verbraucher geschoben hätten.

Bedauerlich erscheint darum der Standpunkt, auf den sich neuerdings das **Reichsgericht** in einem in Nr. 12 der juristischen Wochenschrift vom 15. Oktober 1920 Seite 840 abgedruckten Urteile gestellt hat, nach dem es den Kettenhandelstatbestand im Sinne des § 1 Ziffer 4 der VO. wider die Preistreiberei vom 18. Mai 1918 dann nicht mehr als gegeben ansieht, wenn der **Wert** der verschobenen Waren durch den Handel von Hand zu Hand **nicht überschritten** wird. Zu welchen im Volke sicher nicht verstandenen Konsequenzen diese Stellungnahme führt, ergibt sich aus den mit abgedruckten Urteilsgründen, die, obwohl nach ihnen festgestellt war, daß der Preis für 110 Kilogramm Wolle durch den Handel von Hand zu Hand von 700 auf 1375 Mark gesteigert worden war, eine unzulässige Preissteigerung als **nicht** vorliegend ansehen, weil im Handel sonst Wolle dieser Art mit 2000 bis 3000 M. zu bewerten gewesen wäre. Wenn die Gerichte sich auf diesen von ihnen bisher **nicht** geteilten Standpunkt zu stellen gezwungen würden, **dann ade mit der Aussicht auf einen baldigen Preisabbau!**

Hinzu kommt, daß der Wert, den das angezogene reichsgerichtliche Urteil als maßgebend für das Vorliegen oder Nichtvorliegen des Kettenhandelstatbestandes im Sinne der geltenden Preistreibereiverordnung ansehen will, zum großen Teile vom Zwischenhandel, und hier wieder erfahrungsgemäß vom **unnötigen** Zwischenhandel, beeinflußt wird. Zeigt dies das oben angeführte Beispiel nicht ebenso deutlich wie das, das der angezogenen reichsgerichtlichen Entscheidung selbst zugrunde liegt? Wer zudem die in den Schieberprozessen stets wiederkehrende Ausrede kennt, man habe sich zu der hohen Preisforderung trotz dem weit unter ihr liegenden Einstandspreise und ohne Rücksicht auf die geringen Spesen berechtigt gehalten, weil die Ware inzwischen teurer bewertet werde und man den Profit doch nicht andre machen lassen könne, und wer da weiß, welchen Zweck und Wirksamkeit die sogenannten Warenabteilungen gewisser Banken bei der Preisgestaltung haben, der erst kann ermessen, welch sicher ungewollten Erfolg der vom Reichsgerichte eingenommene Standpunkt in der Folge haben muß.

Volksempfinden und bisherige Stellungnahme der Gerichte gehen hier sicherlich konform, **wenn als straffälliger Kettenhandel und Preiswucher jede unwirtschaftliche Verteuerung der Ware durch Handel von Hand zu Hand angesehen wird**, ohne Rücksichtnahme darauf, ob dabei der durch den Börsenpreis repräsentierte Zeitwert der verschobenen Ware erreicht wird oder nicht. Aendert sich die Stellungnahme des Reichsgerichts nicht, so bedarf es der schleunigen **authentischen Interpretation des Gesetzgebers** oder einer Neuordnung in dem eben bezeichneten Sinne, um die eingetretene Rechtsunsicherheit zu beseitigen und dem Volksempfinden wie der Meinung der Praxis gerecht zu werden.

Sächsische Angelegenheiten

Das Recht auf Betriebsabbrüche

möchte der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industriellen für die Kapitalisten sichern. Er hat, wie gemeldet wird, beschlossen, beim Reichstag entschieden Protest dagegen einzulegen, daß die weitgehenden Eingriffe in die verfassungsgemäß gewährleisteten Eigentumsrechte, besonders die Verordnung betreffende Maßnahmen gegen **Betriebsabbrüche** und Stillegungen mit sich bringen werden, auf dem Wege der als veraltet angesehenen Demobilmachungsverordnung erfolgen. Die Bestrebungen, ausländisches Kapital zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens heranzuziehen, würden zunichte gemacht, wenn das Ausland sehe, daß dem deutschen Unternehmer die Verfügungsfreiheit und verfassungsmäßig garantierte Eigentumsrechte auf dem Wege der Verordnung jederzeit beschnitten werden können, und daß, statt das Wirtschaftsleben von bureaukratischen Fesseln zu befreien, ihm immer neue, noch dazu unnötige Hemmungen auferlegt werden.

Dazu sei bemerkt, daß es heute nicht angeht, die Betriebe so abzubrechen wie es den Sonderinteressen der Kapitalisten entspricht. Entscheidend dafür müssen die Anforderungen des Wirtschaftslebens und das Allgemeinwohl sein. Industriebetriebe, die jetzt abgebrochen werden, sind ein unersetzlicher Verlust, denn sie könnten nur zu zehn- bis zwanzigfach höheren Preisen wieder hergestellt werden. Produktionsstätten dürfen aber heute nicht nur vom Eigenbetriebsstandpunkt aus beurteilt werden: vor allem muß in Betracht kommen, daß sie Arbeitsstätten sind, wo bei besserer Geschäftskonjunktur Tausende jetzt Erwerbsloser wieder Arbeitsgelegenheit finden können. Das wäre aber unmöglich, wenn man sie abbrechen würde.

Wollte man einwenden, daß bei besserem Geschäftsgang ja die Industriebetriebe wieder errichtet werden könnten und dann um so mehr Arbeitsgelegenheit gegeben sei, so müßte darauf erwidert werden, daß die Unternehmer infolge der hohen Kosten für Neubauten und Maschinen, Neuanlagen nicht schaffen würden und die Aufträge ja überhaupt dorthin gegeben würden, wo noch leistungsfähige Betriebe bestehen.

Aus diesen und noch manchen andern Gründen muß dem Verband sächsischen Industriellen entgegengehalten werden, daß die Frage nicht nach den Sonderinteressen einzelner Kapitalisten, sondern vom Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit aus beurteilt werden muß. Geschieht das, dann muß sein Protest nicht nur zurückgewiesen werden, dann ergibt sich vielmehr, daß zur Verhütung von Betriebsabbrüchen umfassendere Maßnahmen eingeleitet werden müssen wie seither.

Landtagswahlen und Regierungsbildung

Der **Vorwärts** beschäftigt sich mit dem Ausgang der sächsischen Wahlen und mit dem Beschluß der rechten U. S. P. D. in der Regierungsfrage. Leider sei es schwer, mit einer Mehrheit von 49 gegen 47, zu der noch die kommunistischen Querköpfe gehören, den Staatsapparat zu beherrschen. Die **sächsischen Sozialdemokraten ständen vor einer sehr schwierigen Entscheidung, sie würden alle Möglichkeiten sorgfältig überlegen müssen.** — Im Berliner Tageblatt werden die Ursachen der **demokratischen Niederlage** bei den sächsischen Landtagswahlen besprochen. Insbesondere wird die **Zusammensetzung der Wahllisten** als ungeschickt bezeichnet. Die jetzigen Mitglieder der demokratischen Fraktion **seien alle ehemalige Nationalliberale.** Die alten Fortschrittler seien sämtlich verschwunden.

Der Wucher im Großhandel

Der Kaufmann **Claußnitzer in Chemnitz**, der einen Großhandel mit Gemüse und Obst betreibt, und im Jahre 1918 einen Gesamtumsatz von fünf bis sechs Millionen Mark erzielte, bekam am 26. August 1919 von der Provinzialstelle für Obst und Gemüse in Posen einen Eisenbahnwagen gebe **Kohlrüben** per Eilgut zugesandt. Beim Eingang der Ware war dem C. weder eine Rechnung noch ein Begleitschreiben der Absenderin zugegangen. Da kurz vorher bei ihm eine Gemüsehändlerin in Eibenstock wegen Kohlrüben angefragt hatte, ließ er den Eisenbahnwagen ohne Umladung sofort nach Eibenstock weiterrollen und **berechnete 50 Kilogramm mit 8 M. an Stelle eines Höchstpreises von 5 M.** Auf Reklamation der Empfängerin weigerte sich C. hartnäckig, eine Preisherabsetzung zu bewilligen, und gab der Kundin anheim, beim Stadtrat zu Eibenstock bzw. beim Ministerium einen Zuschuß zur Verbilligung der Lebensmittel zu erbitten. Beide Stellen haben das abgelehnt. Erst als die Posener Stelle eine Rechnung mit 2,05 M. als Zentnerpreis eingesandt hatte, verstand sich Anfang Dezember auch C. gegenüber seiner Abnehmerin zu einem Preisnachlaß. Schöffengericht und Berufungsinstanz haben C. wegen **Höchstpreisüberschreitung** zu 750 Mark Strafe **verurteilt** und daneben auf Einziehung des Ueberpreises von 493,80 M. erkannt. Seine Preisforderung sei eine **wucherische** gewesen. Wenn der Angeklagte auf Grund des im Gemüsegroßhandel bestehenden Handelsbrauches sich nach der Marktlage erkundigt und dabei erfahren haben will, daß schon damals in Chemnitz 9 bis 10 M. für den Zentner Kohlrüben bezahlt wurden, so habe man es hier eben nicht mit einem Handelsbrauch, sondern mit einem **Handelsmißbrauch** zu tun, denn eine Marktlage gab es damals überhaupt nicht, sondern nur eine Markt**notlage**. Wenn die Landesstelle in Dresden diesen Notmarktpreis stillschweigend geduldet habe, so ändre das daran nichts, daß der Angeklagte gegen das Reichsgesetz verstoßen hat. Das Oberlandesgericht Dresden ist dieser Rechtsauffassung beigetreten und hat die Revision des Angeklagten verworfen.

Eine auffällige Mandatsniederlegung

Der neugewählte unabhängige Landtagsabgeordnete **Lipinski** hat, wie zuverlässig verlautet, **sein Landtagsmandat niedergelegt.** Wenn Lipinski sich entschlossen hat oder veranlaßt worden ist, sich auf sein Reichstagsmandat zurückzuziehen, so läßt das auch gewisse Schlüsse auf die Absichten der Unabhängigen bei der Regierungsbildung zu. Denn seither hat Lipinski offenbar deshalb für den Landtag kandidiert, weil er als künftiger Minister des Innern oder auch als Ministerpräsident von den Unabhängigen in Aussicht genommen war.

Verschmelzung der Linksunabhängigen mit den Kommunisten

Eine Zeitungs-Korrespondenz meldet: Die Mitglieder der beiden Parteien der Moskauer Internationale in Sachsen, der U. S. P., linker Flügel (Neukommunisten), und der K. P. D. (Spartakus) haben sowohl im Wahlkreis **Leipzig** als auch im Wahlkreise **Ostsachsen** ihre Verschmelzung zur **Vereinigten kommunistischen Partei** beschlossen. Im Wahlkreis **Chemnitz** brauchte ein solcher Beschluß nicht erst herbeigeführt werden, weil dort beide Gruppen schon bei der Landtagswahl zusammengegangen sind. Infolge der gefaßten Beschlüsse, die in Bezirksdelegiertenversammlungen bestätigt wurden, werden nunmehr auch die gewählten Landtagsabgeordneten der beiden Gruppen, von denen bekanntlich die Neukommunisten drei und die Kommunisten sechs zählen, sich **zu einer Fraktion vereinigen.**

Wagenmangel und Industrie

Das Reichsverkehrsministerium wurde von der Handelskammer Dresden dringend darum gebeten, für eine bessere Wagenstellung in Sachsen, namentlich aber für eine bessere Ausnutzung der Wagen und Vermeidung von Leerlauf Sorge zu tragen. Die Notwendigkeit einer Beschränkung der Wagengestellung im Herbst, besonders wegen der Kartoffel- und Rübenbeförderung, werde nicht verkannt. Es dürften jedoch keinesfalls so einschneidende Verfügungen erlassen werden, daß Industrie und Handel in schwerster Weise geschädigt würden. Daher müsse dem Notstand auf jeden Fall abgeholfen werden und vor allen Dingen müßten lebenswichtige Betriebe und Ausfuhrfirmen bei der Wagengestellung besonders berücksichtigt werden.

Neuer Regierungsbeauftragter bei der Entwaffnungsaktion

An Stelle des ausgeschiedenen Gewerkschaftssekretärs Schultz hat der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung den Kommissar der Landespolizei Hanisch zum stellvertretenden Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung für das sächsische Staatsgebiet ernannt.

Plauen i. V. Wegen Beleidigung der Reichswehr durch Wiedergabe einer beschimpfenden Aeußerung gelegentlich des Einzugs der Truppen in unsre Stadt im vergangenen Frühjahr wurde der verantwortliche Redakteur der unabhängigen Volkszeitung für Südwestsachsen, Fritz Bielsk, hier, vorgestern vom hiesigen Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Chemnitz. Am Sonnabend vormittag haben die hiesigen Kraft- und Pferdedroschkenbesitzer ihre Betriebe eingestellt, und zwar mit der Begründung, daß es nicht möglich sei, die Bestimmungen der heute in Kraft tretenden Personenfahrsteuer Verordnung zu erfüllen. Durch ihr Vorgehen bezwecken die Fuhrunternehmer, die neue Steuer zu Fall zu bringen. — Um den **Erwerbslosen** Beschäftigung zu verschaffen, soll in dem Stadtteil Borna eine Hauptschleuse gebaut werden, die etwa 5 Millionen Mark kosten wird.

Stadt-Chronik

Wer ist die VVK?

VVK — diese drei Buchstaben sind die leicht einprägsame Abkürzung der vollen Bezeichnung: **Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege.**

Die widrigen Verhältnisse der Kriegsjahre haben es mit sich gebracht, daß die VVK ihre Tätigkeit sehr einschränken mußte. Auch nach dem Kriege noch mußten ihre Bestrebungen zunächst hinter drängenderen Aufgaben zurücktreten. Dem ist es zuzuschreiben, daß die vielen, die in diesen Jahren Leser der Dresdner Volkszeitung und Mitglieder der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen geworden sind, über das Wesen der VVK nicht recht unterrichtet sind. Viele glauben, es bedürfe, um an den Veranstaltungen der VVK teilnehmen zu können, **einer besonderen Mitgliedschaft. Das ist nicht der Fall!** Die von ihr getroffenen Veranstaltungen kann **jeder** besuchen, denn die VVK ist **kein geschlossener Verein.** Sie ist der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiterschaft, der für **alle** Volkskreise arbeitet.

Die VVK ist also eine gemeinnützige Vereinigung, die sich auf folgender organisatorischer Grundlage aufbaut: eine besonders einberufene Generalversammlung, zu der die Dresdner Organisationen der Sozialdemokratischen Partei 30 gewählte Delegierte, der Dresdner Gewerkschaftsausschuß zehn Delegierte entsenden, wählt den Vorstand, der sich aus neun Vertretern der Partei, drei Vertretern des Gewerkschaftsausschusses und je einem Vertreter des Sozialdemokratischen Bezirksvorstandes und der Redaktion der Dresdner Volkszeitung zusammensetzt. Dieser Vorstand arbeitet nun im Auftrage und im Sinne der Körperschaften, die ihn einsetzten. Er ist der von Fall zu Fall neu zu wählenden Generalversammlung der VVK und den genannten Körperschaften gegenüber für seine Tätigkeit verantwortlich, er erstattet ihnen Geschäfts- und Kassenbericht. Ihm obliegt es, Veranstaltungen zu treffen, die der Volksbildung und der Kunstpflege dienen. Dazu wählt er aus seiner Mitte heraus die erforderlichen Arbeitsausschüsse, die berechtigt sind, sich durch Zuwahl von Mitarbeitern zu ergänzen, die nicht dem Vorstande anzugehören brauchen. Gegenwärtig arbeiten drei solcher Ausschüsse: ein Ausstellungsausschuß, der die Weihnachtsmesse der VVK vorbereitet, ein Theaterausschuß, der mit den Vorarbeiten für Theater-Volksvorstellungen, Konzerte und ähnliche künstlerische Veranstaltungen beauftragt ist, und ein Bildungsausschuß, der die Vorbereitung der für künftig geplanten belehrenden Vorträge und Unterrichtskurse aufnimmt.

Mit dieser Darstellung ihres Aufbaues ist auch das Arbeitsfeld der VVK bezeichnet. Ihre Aufgabe ist es, durch künstlerische und belehrende Veranstaltungen den Schund und den Kitsch zu bekämpfen und im Volke Liebe zu Kunst und Wissenschaft zu wecken.

Hemmungen aller Art haben in den letzten Jahren diese wichtige Arbeit zurückgedrängt. Nun soll auch hier von neuem aufgebaut werden. Die meisten unsrer Leser kennen die VVK noch aus ihrer Blütezeit in den Vorkriegsjahren. Diese Höhe gilt es wieder zu erreichen, ja noch zu überschreiten. Dazu ist aber **die lebhafteste Teilnahme der Arbeiterschaft an allen Veranstaltungen der VVK** dringend nötig! Je nachdrücklicher die Arbeiterschaft diese Bestrebungen, die **ihr** dienen, unterstützt, in desto weiterem Umfange und desto größerer Zahl kann die VVK ihre Veranstaltungen treffen.

Zunächst sollen in den verschiedenen Stadtteilen kleinere künstlerische Veranstaltungen getroffen werden. Belehrende Vorträge, späterhin auch Unterrichtskurse sind geplant. Das Projekt der Gründung einer Volksbühne für Dresden wird die VVK sobald als möglich zu verwirklichen suchen. Ueber alle diese Veranstaltungen finden unsre Leser jeweils nähere Angaben im Feuilleton, in der Beilage Leben, Wissen, Kunst. Sie werden künftig immer auf die drei Buchstaben VVK achten müssen.

Vor Weihnachten findet zunächst die **Weihnachtsmesse** vom 12. bis mit 19. Dezember im kleinen Saale der Annensäle (frühere Zentralhalle) am Fischhofplatz statt. Diese von den Vorjahren her gutbekannte Verkaufsausstellung von Jugendschriften, Spielwaren, Wandschmuck und Plastik wird täglich von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends bei freiem Eintritt geöffnet sein. An zwei Nachmittagen werden Führungen mit kurzen Vorträgen über das Kinderbuch und über das Spielzeug stattfinden.

Am 17 Dezember findet eine künstlerische **Beethovenfeier**, bestehend in Musik, Gesang und Ansprache, statt, über die Näheres noch bekanntgemacht wird.

Unabhängige Geschichtsschreibung

Nachdem die Unabhängigen vom Spaltungsgeist ziemlich aufgefressen worden sind, haben sie das begreifliche Bedürfnis, sich von allen Spaltungssünden rein zu waschen. So sucht die Unabhängige Volkszeitung die Abplitterung der Kreditablehner folgendermaßen zu verharmlosigen:

> Am 21. Dezember 1915 waren es 20 Abgeordnete und am 24. März 1916 war ihre Zahl noch größer geworden. An eine Zerspaltung der Partei als solcher hat nicht einer dieser Abgeordneten gedacht. **Erst als der Parteivorstand sie mit Gewalt aus der Partei ausgestoßen hatte**, schlossen sie sich zur „gesonderten" Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Diese Verdrehung könnte beinahe der bekannte Historiker Fleißner verübt haben. Warum mußten die Kreditablehner denn aus der S. P. D. ausgeschlossen werden? Weil sie die Beschlüsse einer Reichskonferenz der Partei mit einer Minderheits-Gegenkonferenz als ungültig zu erklären suchten, weil sie auf die Parteibeschlüsse pfiffen und all das taten, was die unabhängigen Rechter noch vor wenigen Wochen an den Linksern als schlimmste Disziplinverbrechen bezeichneten!

Fleißner sollte mit den Reinwaschungsanstrengungen wenigstens warten, bis seine Tiraden von vorgestern vergessen sind . . .

Forderungen des Mieterbundes

Der **Bund Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden)** übermittelt uns **zwei Entschließungen**, gefaßt auf Grund von Verhandlungen, die am 21. November in Berlin zwischen **sämtlichen Gewerkschaften**, dem **Bund Deutscher Bodenreformer** und dem **Zentralvorstand des Bundes Deutscher Mietervereine** gepflogen worden sind. Darin heißt es:

> Der Bund Deutscher Mietervereine erklärt es für eine Notwendigkeit, sofort **große Mittel** zur Verfügung zu stellen, um der verderblichen Wohnungsnot in weitestem Maße und dem gefährlichen Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die **Mietsteuer**, die die Regierungsvorlage vorsieht, muß **auf das schärfste abgelehnt** werden, da sie eine besondere Belastung der kinderreichen Familien und eine Bevorzugung der Terraininteressenten und des Großgrundbesitzes darstellt. Als den einzigen Weg, sofort große Mittel ohne besondre Belastung des schaffenden Volkes flüssig zu machen, erklärt der Bund die Schaffung von **Heimstättendarlehnskassen**-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

scheinen nach den Vorschlägen des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium. Der Bund fordert die Reichsregierung dringend auf, diesen Weg, der ohne jedes neue Gesetz sofort gangbar ist, unverzüglich zu beschreiten, um endlich die breiten Massen des Volkes aus Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu erlösen.

Der Bund Deutscher Mietervereine erklärt sich grundsätzlich gegen die Aufrechterhaltung und zumal gegen die geplante Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer auf der jetzigen falschen Grundlage, die keine Trennung von Baulichkeiten und Boden vorsieht. Auf dieser Grundlage wird jede Errichtung von Gebäuden erschwert, und in den bestehenden Gebäuden werden die Lasten auf die Mieter abgewälzt. Der Bund fordert Freilassung aller Baulichkeiten von der Besteuerung und die Heimholung der reinen Grundrente nach dem Gesetzentwurf von Adolf Damaschke.

Die Hauswand als Plakat

Wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegeneinander (§ 130 Str.-G.-B.) hatten sich zu verantworten: der Kaufmann Max Willy Lewinsohn, Zigarettenarbeiter Paul Emil Kolot und Kartonnagenzuschneider Konrad Fischer. Die Angeklagten gehören der Kommunistischen Partei an; L. ist Vorstandsmitglied der Gruppe Dresden. K. und F. wurden vor einiger Zeit in Cotta, beide am selben Abende, aber zu verschiedenen Zeiten, von einem Polizeiwachtmeister beim Ankleben eines kommunistischen Flugblattes betroffen. Bekanntlich ist das Anketten von Zetteln an Bäumen, Häusern, elektrischen Masten und sonstigen von den Ankle[illegible] als geeignet befundenen Stellen verboten, wenn man nicht die Erlaubnis des Besitzers hat. Auf den Flugblättern wurden die Arbeiter zum „Munitionshandeln" aufgefordert. Diese Aufforderung gab dem Staatsanwalt Veranlassung zur Anklage im Sinne des § 130 Str.-G.-B. Der als Zeuge anwesende Polizeibeamte wurde befragt, ob er schon andere Zettelankleber angezeigt habe oder ob man nur die Kommunisten daraufhin verfolge. Der Beamte antwortete, daß er noch keine andre Ankleber ertappt habe, es würde aber gegen jeden, gleichviel welcher Partei er angehöre, eingeschritten. Ueber den Auftraggeber zu ihrer Arbeit befragt, gaben K. und F. an, sie hätten die Zettel von Unbekannten zum Zwecke des Anklebens erhalten. Lewinsohn war mit angeklagt, weil in ihm als Vorstandsmitglied der Kommunistischen Partei der Auftraggeber vermutet wurde. Nach der Darstellung L.s bedeute „Russischmachen" für die Arbeiterschaft die Sammlung zum gemeinsamen Handeln im geeigneten Augenblick. Nach längerer Verhandlung erfolgte die Freisprechung L.s, K. und F. wurden wegen verbotenen Zettelanklebens zu je 20 M. Strafe oder 4 Tagen Haft verurteilt. Das Gericht hatte nicht Vergehen gegen § 130 Str.-G.-B., sondern nur Uebertretung des städtischen Verbots betr. Zettelanklebens angenommen.

Schwindel mit Haldekohlen

Einen Einblick in den Handel mit sogenannter „Haldekohle" gestattete eine Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den Fuhrwerksbesitzer Hugo Oswald Bornat in Niedersedlitz, den 24jährigen Bäcker Richard Hans Kahlert, dessen Ehefrau Anna Marie und den Arbeiter Max Dienel, sämtlich aus Pirna-Copitz. Die Anklage lautete auf unerlaubten Handel mit Kohlen, Widerstand, Beleidigung und Tierquälerei. Auf Betreiben des Dresdner Kohlenamtes fanden in den frühen Morgenstunden des 3. und 6. Juli d. J. an der Wiesenmühle Revisionen statt, um den um diese Zeit sehr blühenden Schleichhandel mit Kohlen zu unterbinden und die Schleichhändler, die ihre Waren ohne Bezugsscheine und zu Wucherpreisen verkaufen, der Bestrafung zuzuführen.

Am 3. Juli wurde früh 5 Uhr der Fuhrwerksbesitzer Bornat von zwei Wohlfahrtspolizeibeamten angehalten. Bei dem Wagen waren noch Kahlert und dessen Ehefrau. Es kam zu Beleidigungen und Widersetzlichkeiten, so daß die Beamten Gebrauch von ihren Gummiknüppeln machten. K. nannte die Beamten „Lumpen und Eckensteher"; seine Ehefrau schlug mit einem Schaufelstiel auf die Pferde ein, um sie zum Weitergehen zu bewegen. K. und B. störten auch die Ruhe ganz erheblich durch ihr Schimpfen und Brüllen. Bei der nächsten Revision am Morgen des 6. Juli war unter den Schieberfuhrwerken wieder Bornat mit seinem Geschirr vertreten. Als Lieferant begleitete diesmal Dienel die Fuhre. Dienel bezeichnete in seinen Schimpfreden die Kohlenamtsbeamten als die größten Schieber, Eckensteher usw. Unter großer Heiterkeit des zahlreich anwesenden Zuhörerpublikums schilderte Oberwachtmeister Z., wie schwer es ihm geworden sei, die Namen der Familie Kahlert festzustellen. Durch Befragung von andern Schiebern mit Haldekohlen habe er zunächst nur die Spitznamen der Frau K. herausbekommen. Sie ist im Plauenschen Grunde nur unter dem Namen „Franzosenbraut", „Karnickelmutter" und „Böhmische Marie" bekannt. K. behauptete, wegen verbotenen Kohlenhandels könne er gar nicht bestraft werden, denn was er verkauft habe, seien ja gar keine Kohlen. Das hinderte ihn aber nicht, das Zeug für 35 M. den Hektoliter zu verkaufen. Auf den Vorhalt an K., daß er ja Erwerbslosenunterstützung beziehe, das sei bei solchem einträglichen Nebenverdienst doch ein Unrecht gegen die Allgemeinheit, antwortete er, jeder Erwerbslose sei berechtigt, sich sechs Stunden lang Nebenverdienst zu schaffen. Das Urteil lautete bei K. und D. wegen Widerstandes, Beamtenbeleidigung und unbefugten Kohlenhandels auf sechs bzw. drei Wochen Gefängnis sowie je 30 Mark Strafe, bei B. auf 50 Mark Strafe wegen Widerstandes. Frau K. wurde von der Anklage der Tierquälerei freigesprochen.

Schleichhandel mit Zucker

Anfang Dezember 1919 trat in der Hauptmarkthalle ein gewisser Voigt an den Gemüsegroßhändler Trepte mit der Anfrage heran, ob er geneigt sei, 15 Zentner Zucker, der ihm von einem Unbekannten angeboten worden wäre, zum Preise von 450 M. für den Zentner hereinzunehmen. Trepte und ein andrer Großhändler Klöpper waren bereit, das Geschäft zu machen. Voigt sollte mit Geschirr am Abend den Zucker aus dem Grundstück Fürstenstraße 69 abholen. Da sich der Unbekannte aber zur verabredeten Zeit nicht einfand, wurde dem B. unheimlich zumute, er vermutete einen geplanten Ueberfall und zog es daher vor, sich recht bald wieder aus dem Staube zu machen. Infolgedessen ist aus dem Geschäft nichts geworden. T. und K. sind wegen Schleichhandels zu je 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Es soll sich um ukrainischen Zucker gehandelt haben. Die Angeklagten wollen des Glaubens gewesen sein, daß Auslandszucker nicht der Verbrauchsregelung unterliege; sie hätten den Zucker nicht weiterveräußern, sondern im eigenen Haushalt verwenden wollen, und sich außerdem in einem entschuldbaren Irrtum befunden. Damit hatten sie jedoch kein Glück, weil sie als erfahrene Geschäftsleute ganz genau Bescheid wußten und sich überdies hätten informieren müssen. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Urteil kassiert und die Sache zur anderweiten Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. Die vom Vorderrichter getroffenen Feststellungen enthielten Widersprüche, weil einmal vom bedingten Vorsatz und dann wieder von fahrlässiger Unterlassung der Erkundigungspflicht die Rede sei. Der Sachverhalt müßte deshalb insoweit noch aufgeklärt werden.

Eine derartige Unsicherheit in der Rechtsprechung, die besonders in Strafsachen gegen Schleichhändler, Schieber und ähnliche Elemente besteht, ist natürlich nicht geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung zur Justiz zu stärken.

Die Stadtverordneten beraten in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. über Errichtung eines 15. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung, betr. Erhöhung der Steuer von Gewerbebetrieben im Umherfahren, Erhöhung der Hundesteuer, Erhöhung des Brückenzolls und Neueinführung einer Zusatzsteuer vom reichssteuerfreien Einkommenteile und einer Lastkraftwagensteuer. Weiter die Bewilligung von 4 220 000 M. für weitere Notstandsarbeiten, Antrag auf Errichtung einer Eisbahn auf dem Alaunplatz zur Benutzung für die Volksschulen in Dresden-Neustadt.

Berufsberatung. Die Entwicklung, die die seit dem 1. Juli übernommene Berufsberatung für höhere Schulen, weibliche Abteilung, am Zentralarbeitsnachweis genommen hat, läßt darauf schließen, daß auch in weitern Kreisen der Wert, den die Zentralisation gerade auf diesem Gebiete darstellt, erkannt wird. Sprechstunden finden Wilsdrufferstraße 15, IV (Fabrstuhl) werktäglich, außer Sonnabends, 10 bis 2 Uhr statt, für Schülerinnen höherer Schulen bis 3 Uhr. Ihr Besuch ist allen zu raten, die jetzt oder später in das Berufsleben oder in eine Vorbereitung dafür eintreten wollen. Rechtzeitig Rat zu holen ist wichtig sowohl für solche, die mit dem Abschluß der höheren Mädchenschule als Lernende eine Berufstätigkeit beginnen, als auch für diejenigen, die eine Ausbildungsanstalt besuchen wollen. Anerkannte Lehranstalten, auch solche, die die Aufnahme von dem erfüllten 18. Lebensjahre abhängig machen, sind oft auf Jahre hinaus belegt. Zu spät eingehende Anmeldungen haben deshalb oft dazu geführt, daß an sich berechtigte Wünsche unerfüllt blieben.

Die Einhaltung der Vorschriften über die Rationierung der Lebensmittel und die Preisbildung ist auch im Monat Oktober 1920 durch die Organe der Wohlfahrtspolizei überwacht worden. 164 Schankwirtschaften, 1688 sonstige Geschäfte, 520 Straßenhändler und 24 Haushaltungen sind einer Prüfung unterzogen worden. Hierbei wurden in Schankwirtschaften 17, in sonstigen Geschäften 421, bei Straßenhändlern 111 und in Haushaltungen 15 Zuwiderhandlungen festgestellt. Von der Revisionsinspektion sind 225 Nachprüfungen vorgenommen worden, und zwar 92 in Bäckereien, 30 in bezug auf die Streckungsverhältnisse bei Herstellung von Brot, 36 über Preisbildung beim Verkauf von Lebensmitteln, 36 in Zuckerangelegenheiten, 16 in Kontingentierungssachen, 4 über Einfuhr von Molkereierzeugnissen und 11 den Verkauf von Lebensmitteln betr.; 26 Anzeigen wegen Herstellung von Kuchen aus Weizenmehl, Höchstpreisüberschreitungen, Nahrungsmittelfälschungen und Schleichhandel mit Lebensmitteln erstattet worden. 1 Beschlagnahme geschleichhandelter Lebensmittel und 152 Probeentnahmen von Lebensmitteln erfolgt.

Mit einer neuen deutschen Farbenphotographie (Unachromie), die gegenüber den früher bekannten Verfahren eine einfachere Aufnahme und namentlich die Herstellung von beliebig vielen Diapositivkopien gestattet, wird der Verein deutscher Reklamefachleute, Gruppe Dresden, seine Mitglieder und Gäste durch einen Lichtbildervortrag mit etwa 60 neuartigen Lichtbildern des Direktors Ascher, Berlin, Donnerstag, abends 7½ Uhr, im großen Lesesaal der Kunstgewerbebibliothek (Kunstgewerbeakademie), Ostrastraße 34, bekannt machen.

Verteilung von Milchfußspeise in Dresden. Auf Ausweis 516 der Lebensmittelkarten wird am 1. Dezember je ein Päckchen Milchfußspeise für 60 Pf. verteilt. Anmeldung am 24. oder 25. November.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. Am 4. Dezember werden auf Ausweis 517, der als Vorannmeldung bis Sonnabend den 27. November bei einem hiesigen Fleischer abzugeben ist, 125 Gramm Corned beef sowie daneben auf Abschnitt IV der Vorzugslebensmittelkarte, der am gleichen Tage anzumelden ist, 250 Gramm Büchsenleberwurst zu den in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt.

Volkshochschule. Wegen plötzlicher Verhinderung des Vortragenden muß der Vortrag des Prof. Dr. Emil Schöne heute Mittwoch ausfallen. Der nächste und übernächste (am 1. u. 8. Dezember) findet bereits 7½ Uhr statt.

Die freie Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen, e. V., Bezirksgruppe Trachau, ladet ihre Mitglieder zur Besichtigung der Heimstättensiedlung Dresden-Reick für Sonntag ein. Treffen 12½ Uhr am Straßenbahnhof Mickten. Abfahrt daselbst Punkt 1 Uhr.

Ueberfall auf einen Drogisten. Am Dienstag abend nach 7 Uhr erschienen drei junge Männer in der Hausflur des Grundstücks Christianstraße 26 und bedrohten den Inhaber des dortigen Drogengeschäfts, Herrn Paul Finster, mit vorgehaltenem Revolver. Sie hatten es sicherlich auf einen Raub oder eine Erpressung abgesehen, ergriffen aber die Flucht, als der überfallene Geschäftsinhaber laut um Hilfe rief. Einer der flüchtigen drei Räuber konnte verhaftet werden. Er gab an, daß sich die drei Männer hätten rächen wollen, weil F. national gewählt habe. Mit dieser Ausrede haben sie zweifellos nur ihre Raubgelüste verdecken wollen. Zwei der Attentäter sind entkommen.

Dresdner Umgebung

Laubegast. Kartoffeln kommen Sonnabend, vorm. 7—11 Uhr und nachm. 1 bis 3 Uhr, für Einwohner, die keine Kartoffeln im Keller haben und die bei der Verteilung an Erwerbslose sowie Minderbemittelte nicht berücksichtigt worden sind, mit 1 Zentner für Erwachsene und ½ Zentner für Kinder im Grundstück Tarolastraße 1 (Schmiede von Kummel) zum Verkauf. Zentner 40 M. Die Bezahlung hat Freitag den 26. November, nachmittags 4 bis 6 Uhr, im Rathaus zu erfolgen. Die Ausweiskarte ist vorzulegen. Der Kaufpreis wird nur abgezählt abgenommen. Der Kauf doppelter Bezug wird zur Anzeige gebracht. — Weißkraut kommt Donnerstag, nachmittags 1 bis 2 Uhr, im Baubaugrundstück, Schulstraße 2, soweit der Vorrat reicht, für alle Einwohner zum Verkauf. Pfund 30 Pf. — Die stellvertretende Hebamme Magda Kubant hat ihre Tätigkeit im hiesigen Ort aufgegeben. Sie wird bis zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Hebamme Frau Charlotte Lühe von Frau Hebamme A. Straube, Leuben, Bahnhofstraße 13 und Frau Hebamme M. Ruck, Dobritz, Karl-Marx-Straße 3, vertreten.

Birkigt bei Dresden. Diejenigen Einwohner, die noch ausgelieferte Gaszuschlags- oder Kohlenkarten besitzen, werden gebeten, bis Sonnabend entweder bei Herrn Fuhrwerksbesitzer Richard Schirmer, hier, Coschützer Straße 70, oder im Gemeindeamt zu melden, wieviel und welche Kohlen- oder Gaszuschlagskarten-Abschnitte bis 31. Dezember d. J. noch zu beliefern sind. Die Gemeinde will eine Uebersicht erlangen darüber, ob die ihr zugewiesenen Brennstoffmengen heuer ausreichen bzw. um eine weitere Verteilung vornehmen zu können. Niemand wolle die Meldung versäumen! — Die Milchgutscheine für Minderbemittelte werden Donnerstag, vormittags 8 bis 12 Uhr, hier, Zimmer 3, ausgegeben. Lohnnachweis ist vorzulegen. Das Jahreseinkommen darf nicht mehr als 4200 M. betragen.

Aus dem Parteileben

Gruppe Gruna-Seidnitz-Reick. Eine gutbesuchte Versammlung fand am Freitag in Haubolds Restaurant, Bodenbacher Straße, statt. Genosse Lehrer Wigger referierte über das Thema: Schule und Kirche. Redner behandelte das Abhängigkeitsverhältnis der Schule der Vorkriegszeit und ihre Folgen für die zukünftige freie Ausgestaltung des Erziehungswesens. Nur eine auf freier Selbständigkeit begründete Schule werde imstande sein, die Ideale des Sozialismus in unsrer heranwachsenden Generation zu fördern und zu befestigen. An alle Eltern und Erzieher ist der Appell zu richten, die Schule vom dogmatischen Religionsunterricht der Kirche zu befreien. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Die Debatte über diesen Punkt war äußerst lebhaft. Wegen vorgerückter Zeit wurden der Vorstandsbericht und Vereinsangelegenheiten bis zur nächsten Versammlung vertagt. Genosse Seifert schlug vor, als Thema der nächsten Versammlung das Erfurter Programm behandeln zu lassen. Der Anregung wurde zugestimmt. Zu wünschen wäre, daß unsre belehrenden Veranstaltungen von den Mitgliedern recht zahlreich besucht würden.

Die neuen Steuern in den Gemeinden

Um zu den neuen Gemeindesteuern Stellung zu nehmen, fanden sich am Sonntag den 21. November die Gemeindevertreter des 6. Unterbezirks im Dresdner Volkshaus zusammen. Fast aus jeder Gemeinde waren Vertreter anwesend. Genosse Bombach hatte den Vortrag übernommen und führte ungefähr folgendes aus: Alle Gemeinden seien jetzt gezwungen, auf die Steuersuche zu gehen. Die Einnahmen gehen nur spärlich ein, die Unternehmungen der Gemeinden arbeiten vielfach mit Defizit, die Sparkassenüberschüsse sind infolge der Kursverluste weggefallen, alle Ausgaben aber täglich gestiegen. Die wenigen noch verbleibenden Steuern genügen bei weitem nicht, um auch nur annähernd den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Auch der für dieses Jahr in sichere Aussicht gestellte Betrag der Einkommensteuer vom Jahre 1919 — plus 25 Proz. — genügt nicht, um das Riesendefizit zu decken. Alle weniger dringlichen Ausgaben sind zurückgestellt. Leider mußten auch unter dem Drucke der schlechten Finanzverhältnisse die sozialen Aufgaben auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden. Aber gerade hier sollten die Gemeinden, solange der Staat nicht diese Lasten übernimmt, nicht sparen, denn das Elend der Bevölkerung ist groß. Es geht auf die Dauer aber auch nicht, Anleihen zur Beseitigung der laufenden Ausgaben aufzunehmen. Eine nicht unwesentliche Belastung bringt natürlich auch in vielen Gemeinden die Besoldung der Gemeindebeamten, selbst wenn die Gehälter so niedrig wie möglich bemessen werden.

Die alte Ordnung, an die sich die Gemeinden endlich gewöhnt hatten, nämlich feste Zuschläge zu den Staatssteuern zu erheben, ist gestört. Wir stehen jetzt im Zeichen des Ueberganges einer neuen Steuergesetzgebung. Ganz sicherlich schafft die neue Reichseinkommensteuer eine Einheitlichkeit in den Gemeinden, doch sollte das Reich aber auch darauf Rücksicht nehmen, daß den Gemeinden für die Zeit des Ueberganges genügend Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Vorläufig bezahlen die Gemeinden alles, ohne zu wissen, wann sie etwas zurückerhalten. Die Hoffnung vieler Gemeindevertreter, daß der sächsische Staat die Zahlungen für die persönlichen Schullasten nicht anrechnen werde, ist falsch. Jedenfalls wird der Staat in irgendeiner Höhe seine Rechnung präsentieren.

Die Bestimmung, daß die Gemeinden nur den Satz des Einkommens von 1919 usw. erhalten, ist unsinnig, wo ungefähr dreimal so viel als 1919 jetzt in den Gemeinden gebraucht wird. Da muß selbstverständlich auf die Steuersuche gegangen werden. Es besteht die Gefahr, daß hierbei das größte Durcheinander entsteht. Viele Steuern sind schon erdacht oder beschlossen: „Die Besteuerung des steuerfreien Einkommens, die Wohnungsluxussteuer, die Musikinstrumentensteuer, eine Feuerstellensteuer, eine Gewerbe- und Betriebsraumsteuer, Kraftwagensteuer, Mietsteuer, Ledigensteuer, Viehsteuer, Jagdpachtsteuer usw."

Abgesehen von einigen Steuern sind alle Steuern, die erdacht wurden, in ihrer Wirkung kaum für Landgemeinden geeignet.

Es muß nun an der Konferenz liegen, wenigstens für die hauptsächlichsten Steuern eine Einheitlichkeit zu schaffen. Die Besteuerung des steuerfreien Einkommens wird von den Gemeindevertretern stark kritisiert. Doch wird jede Gemeinde diese Steuer einführen müssen, wie überhaupt die Gemeinden erst dann auf Zuweisungen aus dem sogenannten Ausgleichstock des Staates rechnen können, wenn sie alle Steuermöglichkeiten erschöpft haben. Das neue Gemeindesteuergesetz sieht vor, daß für das Steuerjahr 1920 der in § 30 des Landessteuergesetzes vorgesehene Höchstsatz von der Hälfte des steuerfreien Einkommens zu erheben ist. Wo ein steuerfreies Einkommen von nicht mehr als 1500 M. berücksichtigt wird, kann der ganze steuerfreie Einkommensteil zur Steuer herangezogen werden.

Der vom 6. Kreis eingesetzte Ausschuß hat sich deshalb entschlossen, den Gemeindevertretern die Einführung dieser Steuer zu empfehlen und nach folgenden Sätzen zu staffeln: Beginnend bei einem reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommen von 8000 M. für Ledige und 13 000 M. für Verheiratete.

Das soll so verstanden werden, daß ein Lediger, der irgendwo zur Untermiete wohnt, erst mit einem Gesamteinkommen von 10 000 Mark zu dieser Steuer herangezogen werden soll, weil er 1500 M. als steuerfrei und 500 M. für Beiträge usw. von diesen 10 000 M. abziehen kann, und zwar müßte dann ein solcher Steuerpflichtiger ungefähr 18 Proz. des steuerfreien Teiles von 1500 M. aufbringen. Aehnlich liegt es bei den Verheirateten, bei denen für dieses Jahr die Hälfte des steuerfreien Einkommens versteuert werden muß. Bei 13 000 M. reichseinkommensteuerpflichtigem Einkommen müßte ein Verheirateter mit zwei Kindern und 500 M. Abzug für Versicherungsbeiträge usw. mindestens 16 000 M. Gesamteinkommen haben. Es muß versucht werden, mit diesen Sätzen auszukommen, wenngleich schon die Stadt Dresden bedeutsam darunter gegangen ist.

Die Grundsteuer noch mehr zu erhöhen ist unmöglich. Die Wohnungsluxussteuer müßte überall eingeführt werden. Am meisten zu empfehlen ist diese Steuer auf die Zahl der Zimmer, wenn man dabei eine Mindestgröße festlegt. Für diese beiden Steuern müssen sich die Gemeindevertreter einheitlich entscheiden. Die übrigen Steuern mögen die Gemeinden je nach Bedarf einführen. Gefährlich ist es aber, auf eine Tiersteuer zuzukommen, denn sie bietet den Viehhaltern schließlich den gewünschten Anlaß zu weiteren Preissteigerungen. Trotzdem nun die Gemeinden schließlich alle Steuern restlos ausschöpfen werden, bleiben die finanziellen Verhältnisse sehr unsicher. Vor allen Dingen ist viel an den schlechten Finanzen die Bummelei in der Einhebung der Steuern schuld. Genau so, wie man den Arbeitern die Steuern abzieht, müßten alle übrigen Steuerzahler Vorschüsse auf die zu entrichtenden Steuern ablisten. Den Steuerausschüssen kann für ihre spätere Arbeit nur geraten werden, rücksichtslos und energisch zuzufassen, wo etwas zu holen ist.

Bei richtiger Einschätzung wird es später auch den Gemeinden möglich sein, von dem Anteile der Reichssteuer und den übrigen, jetzt schon bestehenden Steuern ihre Bedürfnisse bestreiten zu können. Vorerst aber müsse man eben der Not gehorchen und hoffentlich für eine Uebergangszeit sich mit Ersatzsteuern behelfen.

Genosse Robert Fischer: Grundsatz bei Einhebung der Steuern muß sein: Was kostet die Einhebung und was bringt die Steuer ein. Dresden hat eine Anzahl Steuern ausgebaut. Unter anderm die Steuer auf den Straßenhandel. Dresden hat ebenfalls die Absicht, das steuerfreie Einkommen zu besteuern. Doch um den Haushaltplan einigermaßen in Ordnung zu bringen, muß man in Dresden unter die vom Referenten vorgeschlagene Grenze gehen. Man hat in Aussicht genommen, 6000 M. für Ledige und 10 000 M. für Verheiratete als unterste Grenze zu setzen. Der Rat zu Dresden steht auf dem Standpunkt, daß 3000 M. und 5000 M. als unterste Grenze genommen werden müsse. Eine Wohnungsluxussteuer wird den Arbeitergemeinden nicht viel helfen. Notwendig sei ebenfalls, die Steuereinhebung gerecht durchzuführen, denn bis jetzt bezahlen die Gewerbetreibenden und selbständigen Berufe verhältnismäßig viel weniger an Steuern als der Arbeiter.

Genosse Sachs hegt Bedenken, unter die vom Referenten vorgeschlagenen Sätze zu gehen. Es wird notwendig sein, daß der Staat die betreffenden Bestimmungen dahingehend ändert, daß die kinderreichen Familien möglichst geschont werden. Eine Wohnungsluxussteuer würde dazu beitragen, unter Umständen noch einige Wohnungen in jeder Gemeinde freizubekommen. Wir können leider als Sozialdemokraten in den Gemeinden beim besten Willen zur Stunde die Politik nicht treiben, wie wir sie wollen. Wir müssen aber trotz der traurigen Geldverhältnissen die soziale Fürsorge so fördern, als es nur irgendwie möglich ist. Die Klaviersteuer sollte man ebenfalls in keiner Gemeinde vergessen.

Genosse Völkel: Wenn wir auch verantwortlich sind in vielen Gemeinden, so müssen wir uns doch vielfach von Fall zu Fall entscheiden. Die Bürgerlichen und Unabhängigen bewilligen alle Ausgaben und überlassen es unsern Vertretern, die Mittel hierfür zu beschaffen. Eine Steuer muß vor allen Dingen auf ihre Wirkung hin geprüft werden. Bei der jetzt bestehenden Belastung der Arbeiter durch Steuern können wir unmöglich unter die Grenze von 3000 M. und 13 000 M. gehen. Es muß dem Staate auch einmal gesagt werden können, daß viele Gemeinden am Ende ihrer Finanzkunst angelangt sind.

Genosse Faland bezeichnet ebenfalls den Satz von 3000 M. und 13 000 M. als niedrigste Grenze, und wundert sich über die Stellungnahme der Dresdner Kollegen. Die Gemeinden jedenfalls trügen nicht die Verantwortung dafür, daß der Staat eine bald unerhörte Saumseligkeit in der Steuerleistung gegenüber Gewerbetreibenden und dergl. zulasse.

Nach einer Erwiderung des Genossen Fischer wurden folgende Resolutionen gegen wenige Stimmen angenommen:

1. Die Konferenz der Gemeindevertreter fordert das Ministerium des Innern, im neuen Gemeindesteuergesetz eine Bestimmung einzufügen, die es ermöglicht, bei der Berechnung des steuerfreien Einkommens die Steuersätze zugunsten der kinderreichen Familien zu staffeln.

2. Wo die Steuer auf das steuerfreie Einkommen zur Einführung gelangt, soll als Mindeststeuergrenze ein reichseinkommensteuerpflichtiges Einkommen von 8000 M. für Ledige und 13 000 M. für Verheiratete gelten.

3. Es wird den Gemeinden empfohlen, überall die Wohnungsluxussteuer zur Einführung zu bringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Die Sparmethoden der Postverwaltung

Man schreibt uns aus den Kreisen der Postbelfer:

Infolge der vom Reichspostministerium angeordneten von der Ober-Postdirektion Dresden rücksichtslos ...ten Maße durchgeführten Arbeitsstreckung für das ...spersonal sind bei den Verkehrsämtern in Dresden Zu... eingetreten, die auch die Oeffentlichkeit stark interessieren ...n. Nachdem bereits mit Zustimmung des Bezirksbetriebs... der O. P. D. eine Kurzarbeit von drei Tagen innerhalb zwei ...en für ledige Postbelfer eingeführt war, lehnte es der Bezirks... ab, einer Erweiterung auf Halbarbeit für Ledige und ...vierteljarbeit für Verheiratete zuzustimmen, weil er überzeugt ist, ...der g'atten Abwicklung des täglich stärker werdenden Weihnachts... eine volle Beschäftigung des Hilfspersonals nur förderlich wird. In Verhandlungen nach Neujahr über nötige Kurzarbeit man bereit. Daraufhin hat nun die O. P. D. einfach die Kurz... im höchstmöglichen Maße diktiert. Welche Folgen hieraus ...anden sind, dafür nur ein Beispiel:

Beim Paketpostamt mußten am 15. November, einem Montag, ...3000 Pakete wegen Personalmangels zurückgelassen werden, ob... das dienstuende Personal 13 und 14 Stunden ohne Pause ar... Auch am Dienstag konnte ein großer Teil der Pakete vom ...vorher nicht bestellt werden. Da am 17. November Bußtag ...lag es so, daß ein Paket, das Freitags in Dresdens Nähe auf... wurde, erst am Donnerstag oder gar noch später bestellt ...konnte, und schließlich mit verdorbenem Inhalt.

Aufgabe der Betriebsräte ist es, solche Mißstände, vor deren ...Eintritt die O. P. D. genugsam gewarnt wurde, durch den ...der geschädigten Oeffentlichkeit zu beseitigen und Wieder... zu verhindern. Deshalb sind aber die Postbelfer mit ihren ...räten der Postverwaltung recht unbequem. Man will sämtliche ...helfer des mittleren Beamtendienstes im ganzen Reiche trotz jahre... treuester Dienstleistung noch vor dem Weihnachtsfeste trotz ...tiger Entscheidung so dieser Schlichtungsausschüsse auf die ...setzen und behauptet: es sind ja nur Aushelfer. Was kümmert die Post die Last des Volkes an den vielen Tausenden von Arbeits... Die verheiratete Beamtin und ihr Ehemann Postsekretär sitzen ...immer im Doppeldienste bei der Post, am Postbelfer aber muß ...„sparen".

Beim neuen Postscheckamt hat man über 400 neue weibliche ...fte eingestellt, abgesehen von der Betriebswirtschaft arbeiten dort ...gelernte Handelslehrerin, Stütze, Gesellschafterin, Schneiderin, ...gärtnerin und Friseuse, denen der Beruf vielleicht nicht mehr ...agte, neben der Tochter des Herrn Amtsgerichtsrats, Bezirksschul... Arztes, Gießereibesitzers, Wirtschaftsbesitzers, Baumeisters, ...meisters und Professors. Gemäß Reichsverordnung und Be... des Demobilmachungskommissars soll zwar nur der Arbeits... geeignete Erwerbslose in offene Arbeitsstellen bringen: ...anzugehen hielt aber die O. P. D. nicht für nötig. Ein Privat... würde in dem Falle ganz empfindlich bestraft, die Post ...kann sich das erlauben. Der Mohr, der Postaushelfer, hat seine ...Schuldigkeit getan, er ist „entbehrlich, ungeeignet" (selbst als gelernter ...Kaufmann). Die jungen Damen aber sollen doch einmal später Be... werden.

Die im Postdienst ausgebildeten Postbelfer dürfen nun im ...ten Winter mit ihren Familien Not und Sorge ernten; sie mögen ...„stempeln" gehen, was kümmert es die Postverwaltung.

...ohnbewegung im Dresdner Gastwirtsgewerbe

In der am 22. November nachts in den stark überfüllten Annen... ...en abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Gastwirtsangestellten ...Dresden nahmen diese erstmalig wieder Stellung zu der neuen ...lohnbewegung. Nach einem Referat des Vorsitzenden der Arbeits... ...emeinschaft der Gastwirtsangestelltenverbände, in dem er den ab... ...enden Bescheid der Arbeitgeberverbände bekanntgab, wurde nach... ...hende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 22. November 1920 nachts in den Annensälen tagende, von weit über 1000 Angestellten des Gastwirtsgewerbes besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und betont ausdrücklich, auf der Forderung des Achtstundentages bestehen zu bleiben. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen ist eine dringende Forderung. Laut Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums muß das Bedienungsgeld als besonderer Aufschlag verschwinden, deshalb fordern wir dringend seine Einkalkulierung. Um der Verelendung des größten Teils der gastwirtschaftlichen Angestellten entgegentreten zu können, muß die Erhöhung der jetzigen Lohnsätze unbedingt erreicht werden. Auch die Forderung wöchentlicher Lohnzahlungen muß auf alle Fälle aufrechterhalten bleiben. Diese berechtigten Forderungen müssen unter allen Umständen erreicht und gegebenenfalls mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln zur Durchführung gebracht werden; den Führern wird das vollste Vertrauen ausgesprochen und jedwede Unterstützung zugesichert."

Streiklustige Gastwirte

Berlin, 24. November. In einer Versammlung der Vertreter sämtlicher Vereine und Verbände für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe wurde beschlossen, noch einmal durch eine Kommission bei den Ministerien vorstellig zu werden und wiederum die Forderung aufzustellen, daß die Gastwirte als Verbraucher angesehen werden müssen. Außerdem sind Beratungen darüber im Gange, an einem noch zu bestimmenden Termin sämtliche Betriebe zu schließen, wenn eine Aenderung in der Schleichhandelsverordnung nicht eintreten sollte.

Wenn die Gastwirtsgehilfen für eine Besserung ihrer Lage und die Beseitigung des entwürdigenden Trinkgeldbettels den Eintritt in einen Streik erwägen, schimpfen die Gastwirte wie die Rohrspatzen über die „Streikwut" ihrer Angestellten. Sie selbst aber nehmen sich heraus, mit dem Streik zu drohen, wenn man sie nicht ungestört ihre Schleichhandels- und Schiebergeschäfte betreiben läßt. Das sieht den Leuten ähnlich.

Der Irrsinn als Kampfmethode

Von der Werdauer Streikleitung (die Unabhängige Volkszeitung behauptet, es sei gar kein Streik!) wird uns geschrieben:

„Da in der gestellten Frist eine Antwort der Regierung an die Streikenden der Sächsischen Waggonfabrik nicht eingegangen war, sandte am 20. d. M. die Streikleitung nochmals ein Telegramm an das Wirtschaftsministerium nach Dresden um Bescheid, ob und wann der neutrale Schlichtungsausschuß zusammentreten kann. Als Antwort kam eine Abteilung von 200 Mann Sicherheitspolizei, die am 22. November, früh 7 Uhr, den Betrieb besetzte. Die Sicherheitspolizei kam zugleich als Briefträger des Metallindustriellenverbandes, indem sie ein Schreiben an die Streikleitung abgab, worin der Metallindustriellenverband mitteilt, daß er die Bildung einer neutralen Schlichtungsstelle einstimmig ablehnt. Dieselben Leute ersuchten aber um bewaffneten Schutz, der auch gewährt wurde. Wir überlassen es der Oeffentlichkeit sich ein Urteil zu bilden, wo der Wille zum Wirtschaftsfrieden vorhanden ist. Zugleich ist es ein Anschauungsunterricht für Steuerzahler. Die Streikleitung."

Hierzu wird uns von einer Seite, die genau über die Vorfälle unterrichtet ist, das folgende geschrieben:

Die Streikleitung stellt die Wahrheit direkt auf den Kopf. Es ist gar nicht wahr, daß sie sich wegen des Schlichtungsausschusses an die Regierung gewandt hätte, und es ist erst recht nicht wahr, daß als Antwort auf diese (gar nicht abgegangene) Anfrage 200 Mann Sicherheitspolizei gekommen wären. Wahr ist das genaue Gegenteil: Der Kommissar der Sicherheitspolizei, Genosse Krippner, hat die ohne jede Ueberlegung vorgehenden Radikalen davon abgehalten, den Betrieb gewaltsam zu besetzen. Erst auf Grund ihrer immer wiederholten Drohungen und nachdem die Radikalinskis bereits die Wohnungen der Direktoren haben überwachen lassen, deren Angehörige und Dienstmädchen insultiert haben usw., erst da ordnete die Kreishauptmannschaft die Besetzung des Betriebes durch Sicherheitspolizei an. Gerade dieses Beispiel zeigt handgreiflich die verlogene Kampfesweise der Radikalinskis, die auf Befehl von Moskau die Lüge und den Irrsinn zur Kampfmethode wählen.

Ausstände in Schlesien

Wie aus Görlitz gemeldet wird, legten gestern früh die Metallarbeiter, nachdem am Montag wegen der Lohnforderungen der Streik beschlossen worden war, in allen Betrieben, soweit sie dem Verbande der Metallindustriellen Niederschlesiens angehören, die Arbeit nieder. Der in der Streiksache der schlesischen Metallarbeiter gefällte Schiedsspruch ist von den Arbeitnehmern mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Zugeständnisse ungenügend seien. Auch im Riesengebirge haben die Arbeiter sämtlicher größeren Werke gestern früh die Arbeit niedergelegt.

Internationale Gewerkschaftskonferenz

London, 23. November. Der Internationale Gewerkschaftsverband begann in London seine Sitzungen. Es sind zwölf Nationen vertreten; Deutschland entsendete elf Vertreter. An Stelle des englischen Gewerkschaftsführers Appleton, der ablehnte, wurde Thomas zum Vorsitzenden gewählt. Thomas ermahnte den Kongreß in der Eröffnungsrede, mit allem Nachdruck für eine gerechte Verteilung der Rohstoffe und für Festigung der Wechselkurse einzutreten.

Ein internationaler Eisenbahnerkongreß

soll nach einer Meldung des Berliner Tageblattes am 29. und 30. November in London abgehalten werden, wobei England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Oesterreich, Italien und andre Länder vertreten sein werden.

Der Demobilmachungskommissar für die Kreishauptmannschaft Dresden veröffentlicht eine wichtige Verordnung der Demobilmachungsausschüsse für den Regierungsbezirk Dresden über die Verpflichtung der Arbeitgeber, die bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiter) zu entlassen, die nicht auf Erwerb aus dieser Beschäftigung angewiesen oder seit dem 1. August 1914 von einem andern Ort zugezogen sind.

In der Betriebsräteschule der Asa, Ortskartell Dresden, spricht am Donnerstag, 7 Uhr, Herr Haunschild über: Die Bedeutung der Bilanzen für die Betriebsräte im Logenhaus, Ostra-Allee 15. Mit diesem Abend schließt der erste Vortragszyklus.

Zur Beilegung des Berliner Portierstreiks haben gestern Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium begonnen.

Wir empfehlen:
Insel-Almanach 1921
Preis 4.50 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10
und ihre Filialen.

Wir empfehlen:
Ratgeber für Kriegshinterbliebene
Nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920
von Regierungsrat E. Hofmann.
Preis 4.50 M.
Volksbuchhandlung und Filialen

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Unter den Rindern des Gutsbesitzers **Gustav Schlesiger** in Vaporitz ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen. [1210
Als Sperrbezirk hat der Ort Vaporitz zu gelten.
Dresden, den 22. November 1920.
Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden.

1. Auf **Ausweis 517** sämtlicher **Lebensmittelkarten** der Stadt Dresden ...ren aus der Notstandsreserve verteilt:
125 Gramm Corned beef.
2. Vorausmeldung bei einem hiesigen Fleischer bis
Sonnabend den 27. November 1920.
3. Abgabe der Bezugscheine **Montag den 29. November 1920.**
Nachmeldungen ausgeschlossen.
4. Verkauf **Sonnabend den 4. Dezember 1920.**
5. Verkaufspreis 19.10 M. für das Pfund, 2.75 M. für 125 Gramm, eckige ...se mit einem Inhalt von ungefähr 2.46 Gramm 52.16 M., runde Dose ...mit einem Inhalt von ungefähr 248 Gramm 50.16 M., kleine Dose mit einem ...Inhalt von ungefähr 3.5 Gramm 6.50 M.
Außerdem erfolgt auf Abschnitt IV der Vorzugslebensmittelkarte ...der Stadt Dresden eine Sonderverteilung von
250 Gramm Büchsenleberwurst.
Vorausmeldung, Abgabe der Bezugscheine und Verkauf hat an den oben...genannten Tagen zu erfolgen.
Verkaufspreis 6.15 M. für das ausgewogene Pfund, 3.10 M. für 250 Gramm, ...eine Dose mit einem Inhalt von ungefähr 85 Gramm 9.70 M. [1612
Die Vorausmeldung verpflichtet unbedingt auch zur Abnahme.
Dresden, am 23. November 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von Milchsüßspeise.

§ 1. Auf Ausweis „516" der gelben, roten, grünen und blauen Lebensmittel...karten je ein Packchen Milchsüßspeise für 6.4 M.
§ 2. Krankenhäuser und ähnliche Bezugsscheine wie bisher nach dem ...Satze in § 1.
§ 3. Anmeldung beim Kleinhändler: **24. oder 25. November 1920.**
Bezugsgabe an die Meldestelle: **26. oder 27. November 1920.**
§ 4. Als Meldestellen sind eingerichtet:
a) Großbetriebe des Kleinhandels und Großeinkaufsgesellschaften wie bisher;
b) im übrigen die Firmen: **Holm Jungve**, Josephinenstraße 2. **Weger & Warnuth**, Friedrichstraße 19. **F. August Oertel**, Ostra-Allee 25. **Richard Könitz Nachf.**, Rudolfstraße 14. **Hugo Schönberg**, Weißeritzstraße 50. **Schegel & Dreher Nachf.**, Bautzner Straße 2. **Julius Weiß**, Alaunstraße 8.
§ 5. Abgabe an die Verbraucher: **1. Dezember 1920.**
§ 6. Zuwiderhandlungen: Bundesratsverordnung vom 25. Septbr. 1915.
Dresden, am 23. November 1920. **Der Rat zu Dresden.** [1612

Von der Fortbildungsschule befreit
sind Knaben und Mädchen
beim Besuch der Handels- und Sprachschule von [1628
Hackow, Altmarkt 15
Wochentl. 8 Stunden; daneben auch Höhere Fortbildungs-Schule mit wochentl. 30 Stunden. Prospekte u. persönl. Auskünfte in d. Schulkanzlei.

UHREN & GOLDWAREN
KREISEL & Co
16 DRESDEN PILLNITZER STR. 16
langjähriger Mitarbeiter d. Firma Gustav Seyffert
Ein- und Verkauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eignen Bedarf. [5700

Vertikal-registratur
Kartotheken
M. & R. Zocher
Ringstraße 15
am Bismarckdenkmal

Herren- u. Damen-
Stoffe billigst
E. Stöhr, Löbtau
Wernerstraße 16, pt.
Kein Laden!

Für Brautleute!
Gut erhalt. grüne Plüschgarnitur, Kredenz, geschnitzt, mit Tisch, wie neu, und Kinderbett mit Gestell Umstände halber preisw. zu verk. Hindenburgstr. 15, 4 r.

Abfallholz, ges. Reifen Bundel verk. tägl. Lehne, Rosenstr. 4.

Laubsägeholz
Laubsäge-Artikel
Sommer & Saupke
Hauptstraße 6

Junger Mann, 20 J., gel. Handwerker, musikal. gebildet, sucht passende Stelle, da Berufsüberfluß. Werte Off. u. J. 7 Postamt B.

Der Zukunftsstaat
Produktion und Konsum im Sozialstaat.
Volksbuchhandlung.

4. Unterbezirk, Gruppe 5

Hierdurch den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag unser Genosse [b 416
Otto Mütze
verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. November, nachm. 2½ Uhr, von der Halle des Inneren Neustädter Friedhofs aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Unsre gute Mutter
Frau Frieda Stelzer geb. Wiedemann
ist am Totensonntag nach kurzem Leiden sanft verschieden. — In tiefster Trauer
Erlenstr. 3 **Paul Stelzer u. Kinder.**
Beerdigung am 24. November, nachmittags 2½ Uhr, auf dem St.-Pauli-Friedhof. [1692

Nachdem wir unser einziges Kind, unsre innigstgeliebte
Elsa
zur letzten Ruhe geleitet haben, ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen lieben Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten, die uns durch Wort, Schrift und Blumenschmuck zu trösten suchten, **herzlich zu danken.** Herzlichen Dank der Gesamtjugend zu Oberlößnitz und Niedergorbitz für Geleit, Blumenschmuck und die erhebende Trauermusik. Ganz besonders Dank meinen lieben Arbeitskollegen der Tischlerei Wagenwerkstatt Dresden-Friedrichstadt für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte, der Firma A. St. Eckstein u. Söhne sowie ihren werten Vorgesetzten und Arbeitskollegen. Herzlichen Dank Herrn Pastor Lamm für die trostreichen Worte am Sarge.
Gorbitz, den 24. November 1920.
In tiefstem Weh:
Die trauernden Eltern August Steiner und Frau.
[b 1722]

Strohhutnäherinnen
auf feine Geflechte und Hannähhüte geübt sucht sofort ins Haus [b 1727
Willy Berner, Stroh- u. Filzhutfabrik, Nicolaistr. 8.

Kartonnagen-Arbeiterinnen
auf Stanzenmaschinen geübt, zu sof. Antritt gesucht.
Graphische Werke G. m. b. H., Zweigbetr. Werderstr. 12.

Zeitungsträgerin
für Johannstadt gesucht.
Zu melden in der
Filiale Gerokstraße 57.

Wie vor dem Kriege
stellen wir wieder unser „Urbin" aus Terpentinöl und erstklassigen Edelwachsen her und bringen diese ganz hervorragende Qualität unter der Bezeichnung
Urbin-Terpentinölware
in Dosen mit Banderole in den Handel.
Urbin Marke Schuhputz
Diese Friedens-Qualität ist in allen Geschäften zu haben. Fabrik Urbin a. Lenne, Oberlahnberg. [s 808
Vertr.: Max Badnitz, Dresden-A., Kügelgenstr. 19, Telephon 30464.

Gesucht für sofortigen Eintritt
tüchtiger Feilenschleifer
Für Alleinarbeiten. Bewerbungen an Abteilung F. Sächsischwerk, Niederlößnitz. [1682

6 Stück **Sportulster**
Muster, gute Stoffe, sind preiswert zu verkaufen bei Reich, Gr. Brüdergasse 14. [1758

Brillanten
(lose und gefaßt)
Perlen, Smaragde, Perlschnüre, ganzen Familienschmuck sowie Pfandscheine hierüber kauft zum höchsten Tagespreis unter strengster Diskretion täglich von 9—4 Uhr
(auf Wunsch komme auch ins Haus)
M. Genath, Juwelier, Trompeterstr. 9, 1. Stock
Nur 1 Minute von der Prager Straße. [b 1311
Telephon 19471

Reinwollenes
Strickgarn
beste Qualitäten
10 Geb. 14.50, 16.20, 19.50
pa. baumwollenes
10 Geb. 10.—, 14.50
Wiederverk. erh. Rabatt.
Richter
Rosenstraße
Ecke Ammonstraße.
Linien 26, 23, 15, 7, 13.

Kaufe ständig gegen hohe Kasse:
Alt Blei, reines Zinn, Geschirr- u. Röhrenzinn, Messing, Kupfer, Aluminium, Rotguß, Hart- und Kugelblei, Zink, Stanniol, Quecksilber [b 365
u. alle übrigen Metallsorten
Metall-Meilich
Dresden-N.
Heinrichstr. 12 = Tel. 13748

Alle Musikinstrumente
kauft und tauscht, auch wenn defekt [1157]
Otto Friebel
13 Ziegelstraße 13

Puppenwagen
Kinderwagen
Kindertische
Kinderstühle
Kinderbetten
Stubenwagen
Leiterwagen
Holländer
Faltentor
Kinder- u. Rodelschlitten
Ermäßigte Preise
Reparatur in sachgemäßestem
Gebr. Eichhorn
Trompeterstraße 17
Hauptniederl. d. weltberühmt Bremabar-Kinderwagenfabrik.

Heinrich Heine
ein Lebens- und Leidensbild von Hermann Wendel
Preis 9.00 Mark.
Volksbuchhandlung und Filialen.

Einkauf u. Tausch
von Musikinstrumenten
Friedr. Adam, Ziegelstr. 4.

Einige mod. **Küchen** 850 M. 3—6
Löbtau, Gröbelstr. 8, Triebel.
Küchenuhr umsonst.

Wolle
Münch
Galeriestr. 9

Ingenieur-
Modell-Baukasten
— Stabil —
für Sohn und Vater
Preisheft 11 umsonst
Spielwaren-Zemmer
Schloßstr. 22. Tel. 10354

Verbrechergeschichten.
Aus dem Inhalt:
Michael Kohlhaas.
Die Judenbuche.
Der Verbrecher aus verlorner Ehre.
Mit Einleitung von Franz Diederich:
Können Verbrechergeschichten nützlich sein?
Preis des gebundenen
Preis 6 M.
Volksbuchhandlung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

29

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

Da alles heißhungrig war, langte man zu, obschon das Essen mäßig war. Jean Blaise beschwerte sich darüber: er war ein Feinschmecker, und gut zu speisen war für ihn eine Lebensregel; ja gerade wegen der allgemeinen Teuerung erhob er seine Feinschmeckerei zum System. Die Revolution hatte in allen Häusern den Suppentopf umgestoßen. Die meisten Bürger hatten nichts zu beißen. Geschickte Leute, wie Jean Blaise, die bei dem allgemeinen Elend viel verdienten, gingen ins Restaurant und bewiesen ihren Geist im Schlemmen. Brotteaux, der im Jahre 2 der Republik von Kastanien und Brotrinden lebte, gedachte an die Zeiten, wo er bei Grimod de la Reynière am Eingang der Champs-Elysées soupiert hatte. In dem Wunsche, sich bei dem Kohl mit Speck, den die Bürgerin Poitrine gekocht hatte, als Feinschmecker zu beweisen, erging er sich in Küchenrezepten und guten kulinarischen Regeln. Und als Gamelin erklärte, ein Republikaner verachte die Tafelgenüsse, gab der alte Steuerpächter und Altertumsfreund dem jungen Spartaner das echte Rezept der schwarzen Suppe.

Nach Tisch ließ Jean Blaise, der die ernsten Geschäfte nicht vergaß, durch seine ländliche Malakademie Skizzen und Entwürfe des Gasthofes anfertigen, den er in seinem Verfall ganz romantisch fand. Während Demahis und Dubois die Kuhställe zeichneten, ging der „Klotz" die Schweine füttern. Der Bürger Pelleport, der eben aus der Wirtsstube kam, wo er dem zahnenden Kinde einen Krankenbesuch abgestattet hatte, trat an die Künstler heran, beglückwünschte sie zu ihren Talenten, die der ganzen Nation zur Ehre gereichten, und wies dann auf den „Klotz" inmitten der Schweine.

„Sehen Sie dieses Geschöpf," sagte er, „das ist nicht ein Mädchen, wie Sie vielleicht glauben, sondern zwei. Verstehen Sie mich wohl, ich meine es wörtlich. Da mich der riesige Umfang ihres Knochengerüstes verwunderte, so hab' ich sie untersucht und festgestellt, daß die meisten Knochen bei ihr doppelt sind. An jedem Bein hat sie zwei zusammengewachsene Schenkelknochen, an jeder Schulter zwei Oberarmknochen. Auch die Muskeln sind doppelt. Sie besteht nach meiner Meinung aus zusammengewachsenen Zwillingen. Der Fall ist interessant. Ich habe Herrn Saint-Hilaire darauf aufmerksam gemacht, er war mir dankbar dafür. Es ist eine Mißgeburt, was Sie da vor sich sehen, Bürger. Die Leute nennen sie den „Klotz": sie sollten sagen: „die Klötze", denn es sind zwei. Die Natur hat wunderliche Launen . . . Guten Tag, Bürger Malersleute! Heute nacht gibt's ein Gewitter . . ."

Man aß bei Kerzenlicht zu Abend; dann spielte die Blaisesche Akademie auf dem Hofe des Gasthauses unter Mitwirkung eines Wirtssohnes und einer Wirtstochter Blindekuh. Die jungen Leute und Mädchen entwickelten dabei eine in ihren Jahren begreifliche Lebhaftigkeit; aber vielleicht spornte die Unsicherheit und die Wildheit der Zustände ihren Eifer noch an. Als es Nacht war, schlug Jean Blaise vor, in der Wirtsstube harmlose Spiele zu spielen. Elodie wollte „Herzfangen" spielen, und die ganze Gesellschaft ging darauf ein. Auf Geheiß des jungen Mädchens zeichnete Philipp Demahis mit Kreide sieben Herzen auf die Möbel, die Türen und die Wände, d. h. eins weniger als Mitspieler waren; denn der alte Brotteaux hatte sich höflich dazugesellt. Man reizte den Reigen „La Tour, gib acht!" und auf ein Zeichen Elodies lief jeder und suchte seine Hand auf ein Herz zu legen. Gamelin war zerstreut und ungeschickt, er kam zu spät und mußte ein Pfand geben, das kleine Messer für sechs Heller vom Jahrmarkt von Saint-Germain. Das Spiel ging wieder an, und nach und nach kamen Blaise, Elodie, Brotteaux und die Thévenin zu spät und mußten ein Pfand geben: einen Ring, einen Strickbeutel, ein kleines Buch in Maroquineinband, ein Armband. Dann nahm Elodie die Pfänder auf den Schoß und diese wurden ausgelost. Jeder mußte seine gesellschaftlichen Talente zeigen, ein Lied singen oder Verse aufsagen. Brotteaux rezitierte die Rede des Schutzpatrons von Frankreich aus dem ersten Gesang von Voltaires „Pucelle".

„Ich bin Denis und Heiliger von Beruf
Ich liebe Gallien . . ."

Der Bürger Blaise, obwohl nicht so literarisch gebildet, gab schlagfertig die Antwort Richmonds:

„Herr Heiliger, es war der Mühl' nicht wert,
Daß Sie vom Himmel sich herab beschwert."

Damals las man mit Entzücken immer und immer wieder das Meisterwerk des französischen Ariost. Die ernstesten Männer schmunzelten über Johannas Liebschaft mit Dunois, über die Abenteuer von Agnes und Monrose und die Taten des gesiegelten Esels. Alle Gebildeten wußten die schönsten Stellen dieser amüsanten philosophischen Dichtung auswendig. Selbst der strenge Evarist Gamelin sagte, als er sein Sechs-Heller-Messer aus Elodies Schoß nahm, Grisbourdons Höllenfahrt gutwillig her. Die Bürgerin Thévenin sang ohne Begleitung Ninas Romanze: „Wenn der Liebste wiederkehrt", und Demahis stimmte nach der Melodie eines Gassenhauers das Lied an:

„Sc[illegible] Anton, den frommen,
Ward [illegible]n Schwein genommen;
'ne Kapuze kriegt es auf,
Und so ward ein Mönch daraus.
Kleider machen Leute."

Trotzdem war Demahis sorgenvoll. In alle drei jungen Mädchen, mit denen er das Pfänderspiel spielte, war er sterblich verliebt, und allen dreien warf er feurige Blicke zu. Die Thévenin liebte er wegen ihrer Anmut, ihrer Geschmeidigkeit und ihrer berechneten Kunst, wegen ihrer Blicke und ihrer Stimme, die zu Herzen gingen. Elodie liebte er, weil er ihr üppiges, reiches spendendes Wesen herausfühlte, und Julie Hozard hatte es ihm trotz ihrer farblosen Haare, ihrer weißen Wimpern, ihrer Sommersprossen und ihrer hageren Figur angetan, weil er, wie jener Dunois, von dem Voltaire in seiner „Pucelle" spricht, im Ueberschwang seines Herzens auch der Unschönsten einen Reiz verlieh, zumal Julie ihm augenblicklich die am wenigsten Umworbene und daher die am leichtesten Angreifbare schien. Jeder Eitelkeit bar, war er nie sicher, ob er Gefallen erregen, aber auch nie, ob er abblitzen würde. Und so probierte er denn sein Glück und benutzte die bequeme Gelegenheit des Pfänderspiels, um der Thévenin ein paar zärtliche Worte zu sagen. Sie war nicht böse darüber, konnte aber unter den eifersüchtigen Blicken des Bürgers Jean Blaise nichts darauf erwidern. Stärker setzte er schon der Bürgerin Elodie zu, obwohl er wußte, daß ihr Herz Gamelin gehörte; doch er war nicht so anspruchsvoll, ein Herz für sich allein zu verlangen. Elodie konnte ihn nicht lieben, fand ihn jedoch schön und vermochte ihm dies nicht ganz zu verhehlen. Schließlich flüsterte er der Bürgerin Hozard seine glühendsten Beteuerungen ins Ohr. Sie erwiderte sie mit verdutzter Miene, die sowohl tiefe Hingebung als auch stumpfe Gleichgültigkeit bedeuten konnte. Aber an Gleichgültigkeit mochte Demahis nicht glauben . . . (Fortsetzung folgt.)

Die Pest in Dresden

Die Schrecken der Pest haben alle deutschen Gaue, so auch das Sachsenland, besonders aber die Hauptstadt Dresden, während des ganzen Mittelalters oft und schwer heimgesucht. Die ersten sicheren Nachrichten über verheerende bisher unbekannte Krankheiten im Elbtale finden sich im Jahre 995. Der fromme Schwarmgeist der Kreuzfahrer, denen absichtliche Vernachlässigung der Körperpflege als Ausfluß höchster Selbstverleugnung galt, mag zur Verschleppung von Krankheitskeimen in die Heimat sicher beigetragen haben. Zur Zeit der Kreuzzüge wütete die Pest fünfmal in Dresden. Nicht minder gefährlich waren die nach Hunderten zählenden Zusammenrottungen der Geißler Brüderschaften, die in fanatischer Kasteiung alles von sich wiesen, was auf das Gedeihen des irdischen Leibes abzielte. Mißwuchs und Regenzeit waren die äußere Veranlassung zum Ausbruch der Seuche. Mit Büßungen, Prozessionen usw. hoffte man vergeblich, dem Verderben Einhalt zu tun. Im 14. Jahrhundert wurde das Elbtal zwölfmal von der Pest heimgesucht, am furchtbarsten von 1347 bis 1350. Damals verbreitete sich ein „Weltsterben" von Italien über ganz Deutschland bis Skandinavien und Rußland, und raffte den vierten Teil der europäischen Bevölkerung (105 Millionen) hinweg. Eine grausame Judenverfolgung war die weitere Konsequenz. Man gab den Juden die Schuld; sie sollten die Brunnen vergiftet haben. Auch Dresden wurde von diesen Weltereignissen tief erschüttert. Hier begrub man täglich 30 Menschen. Das 15. Jahrhundert brachte dem Dresdner Volke wiederum fünf „Sterbenszeiten". Es ist jedoch zu jenen Zeiten jede epidemische Krankheit als „Pestilenz" bezeichnet worden. Genauere Beschreibungen der eigentlichen asiatischen oder Beulenpest und wirksame Versuche, ihr vorzubeugen, sind erst von 1540 an zu verfolgen. Wohl aber hatte schon Georg der Bärtige 1496 dem Rate zu Dresden in einem Handschreiben Vorsichtsmaßregeln anempfohlen hinsichtlich der Beherbergung von Fremden. Auch die Brüder Johann und Friedrich, Herzöge zu Sachsen, gaben 1522 ähnliche Weisungen an den Stadtrat. Aber erst 1543 unter Kurfürst Moritz geschahen auf dessen Veranlassung durchgreifende Vorkehrungen zur Abwehr der vernichtenden Epidemie. Waren doch in dem Pestjahre 1540 fast alle Bewohner der Schössergasse hinweggerafft. Man sperrte die Gasse durch Bretterzäune ab und ließ außer den Krankenwärtern und Totengräbern niemand hindurch. Abermalige Epidemien 1552 bis 1553 veranlaßten immer strengere Schutzmaßregeln. Der Rat verbot jetzt auch endlich das Ausgießen von Abwässern und Unrat auf die Gassen. Verseuchte Häuser wurden abgesperrt. Die Verteilung der Nachlässe war gänzlich oder doch monatelang untersagt. Am 15. April 1566 regelte eine Ratsordnung auch die Begräbnisse der Pestleichen. Nur früh um 9 Uhr und nachmittags 3 Uhr durfte ein solcher Kondukt die Stadt durchziehen. Die Totenglocke läutete den „Pulsus", und jeder Einwohner sollte so lange daheim verbleiben. Der Schreiber (Lehrer) mit 10 Schülern, später 12 Chorsänger unter Führung eines Pfarrers bildeten das einzige Gefolge. Sie schlossen sich den Leichenträgern erst in einiger Entfernung vom Trauerhause an und folgten auch nur bis zum Friedhofstore. Gleichwohl wohnten die Knaben im Alumnat der Schule gesondert von den übrigen Schülern. Gastmahle und Hochzeitsfeiern wurden zu Pestzeiten erheblich beschränkt, Bier- und Weinschenkstuben durften so wenig Gäste aufnehmen, als nur möglich. Ebenso war die „heimliche Völlerei" verboten. Schweine wurden aus der Stadt vor die Tore verbannt. Der Genuß von Schweinefleisch galt als gefährlich. Man enthielt sich auf Grund der Ratsordnung der Pflaumen und sogar der Haselnüsse! Dagegen sollte man „etzliche Präservativa und Arzeneyen" anwenden: Wachholderbeeren auf Malvasier Wein oder Branntwein aufgesetzt, auch als Räucherung mit allerlei Gekräuter. Man verschmierte den Kranken und Gesunden die Nasenlöcher mit Wachholderöl, kaute Zitronat und allerlei bittere Wurzeln, aber man vergaß das Wichtigste: frische Luft! Die Reinigung der Luft auf den Gassen wurde zwar energisch angestrebt: Seifensieder, Schuhmacher, Kürschner usw. mußten ihre Oele und Fette vor der Stadt ausschmelzen und aufbewahren. Schmiede und Schlosser durften keine Steinkohlen brennen! Ein großer Schritt vorwärts geschah durch die Errichtung eines Pestilenzhauses auf der Jahnsgasse. Dies war eine ständige Sanitätswache, wo die seit 1573 vereideten und besoldeten Pestärzte (meist Fremde aus Norddeutschland) und die Pestbarbiere wohnten. Auch waren zwei Wehemütter, eine Köchin und zwei „Einkäuferinnen" angestellt, die letzteren vermittelten den Verkehr zwischen den Kranken und der Außenwelt, besorgten Einkäufe usw. Zwei Ratsherren hatten die Aufsicht hierüber. Trotzdem brach die Pest noch oft mit furchtbarer Gewalt aus. Von 1631 bis 1634 starb die halbe Bewohnerschaft. Die Totenliste berichtet über 36 Handwerkszünfte. Am meisten vernichtete der Würgengel die Schneider (48) und die Leinweber (43), weil diese sich am elendesten ernährten. Noch ein letztesmal suchte das Verderben die Dresdner heim: zum zehnten Male im 17. Jahrhundert. Das Jahr 1680, eins der schwersten, war zugleich das letzte der Pestjahre.

Ein Handbuch der Politik

In dritter Auflage beginnt das „Handbuch der Politik"* zu erscheinen, das vor einigen Jahren zum ersten Male die politische Welt beschäftigte. Wenn ein so teures, mehrbändiges Werk so rasch vergriffen wird, hat es einem Bedürfnis genügt. In der Tat fehlt es dem politisch Interessierten nur zu sehr an einer theoretischen und praktischen literarischen Auskunft und Führung. Die Wahlhandbücher bieten manchmal viel, aber für tiefer Gehende nie genug, vor allem nicht vom Allgemeineren, das gerade nicht an der Tagesordnung ist. Das „Handbuch" präsentiert sich als ein Sammelwerk, bestehend aus lauter kleinen Beiträgen von etwa drei bis zehn Seiten, von denen der vorliegende erste Band 53 umschließt. Die Einteilung dieses Bandes im Großen entspricht dem Zweck. Der erste Teil bringt theoretische Einführungen in Wesen, Ziele und Zweige der Politik („Zweige": Rechtspolitik, Verwaltungspolitik, Sozialpolitik usw.); der zweite: Theoretisches über Staatsformen und Aufgaben des Staates (darunter einen überaus lehrreichen Aufsatz über Staat und Kirche); der dritte: Abhandlungen über die staatliche Herrschaft und ihre Schranken; der vierte: Einführungen in das Wesen der Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtspflege; der fünfte und sechste: Parlamentarismus und äußere Politik. Jeder Teil bringt 5 bis 14 Beiträge von verschiedenen Verfassern, die je nach Veranlagung leicht- oder schwerverständlich, geistreich oder langweilig, feuilletonistisch oder wissenschaftlich darstellend oder politisierend schreiben und ihr kleines Thema entweder geschichtlich oder abstrakt systematisch oder skizzenhaft-anteilend behandeln. Das ist für den ganz Unvorgebildeten verwirrend, für den einigermaßen kritischen Leser anregend und lehrreich. — Der Geist des Werkes ist alles in allem „bürgerlich", parlamentarisch, ordnungsliebend, ohne Spitze gegen die Demokratie (Preuß, Oppenheimer, Binne, Bernstorff, Mendelssohn-Bartholdy, E. Francke, gehören zu den Mitarbeitern!), ohne ausreichende Berücksichtigung des Sozialismus und seiner Auffassungen (ein nüchtern formalistischer, gleichsam schon veralteter, doch nicht etwa antisozialistischer, kurzer Aufsatz Diehls ist der einzige, der von Sozialismus handelt, während die sozialistischen Staats-, Wirtschafts-, Verfassungs- usw. Theorien ganz kurz weggekommen. Nicht ganz selten herrscht eine dem wirklichen Wesen der Politik sehr ferne abstrakte Auffassung der Dinge, die sich nicht von Phrasen und Schematen freihalten kann (so bei Pfleiderer, Perozzheimer, Gräntzel, Beie, Blume), seltener spricht der in ein solches Werk nicht gehörende parteipolitische Wille mit. Trotzdem ist die erreichte geistige Gesamthöhe beträchtlich, der lehrreiche Inhalt bedeutend, das Werk teilweise zum Nachschlagen, teilweise zum Durchlesen wirklich wertvoll. Wir haben allen Grund, die „bürgerlichen" Auffassungen, wenn sie so ruhig vertreten, und die sachlichen Beiträge, wenn sie so knapp und klar geboten werden, zur Kenntnis zu nehmen.

* Verlag Dr. W. Rothschild, Berlin und Leipzig. 4 Bände. Bisher erschien der 1. Band: Die Grundlagen der Politik, 406 Seiten. Großquart. Verlagspreis zur Zeit 51 M.

Konzert

Violinkonzert. In den kleinen Kreis vollendeter „Meister der Geige" ist Andreas Weißgerber nun endgültig eingetreten. Im eigenen Konzert konnte er seine unerschütterliche Technik zeigen und stellte sie als vollen Beweis seines hohen Künstlertums ausschließlich in den Dienst gehaltreicher Musik. Einem Violinkonzert d-Moll von Richard Strauß vermochte Weißgerbers Kunst zwar auch nicht zu nachhaltiger Wirkung zu verhelfen; doch daß die Schuld davon nicht an ihm lag, bewies er mit Bachs G-Moll-Sonate, die er mit strengem Stilgefühl, mit überlegener Ruhe und rhythmisch fortreißend vortrug. Ein Lieblingsstück des Konzertpublikums, das wohlklingende und schön eloquente G-Moll-Adagio des kürzlich verstorbenen greisen Tonsetzers Max Bruch, hörte man Weißgerbers Künstlerhänden auf. Den Orchesterpart am Klavier führte — allerdings mit wenig Sinn für Farbe und Modulationsfähigkeit, aber sicher und mit Anpassung an den Geiger — Balthasar Liachowsky aus.

Vortrag

Deutscher Humor. Erich Ponto las gestern im großen Saal des Künstlerhauses, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, Erzählungen von Gellert, Claudius, Lessing, Mörike und Gottfried Keller vor. Ein heiteres Behagen verbreitete sich im Saal vom ersten Augenblick an, da Ponto, mit schalkhaftem Ernst die Geschichte von den vielen Wandlungen des Gellertschen Hutes erzählte. Der Vandalismus der Boten „Neue Erfindung" zweier Festtage, des Herbstlimes und des Siegspiels (die Claudius selber übrigens sehr ernsthaft), war das Stück, das dem Künstler am allerbesten gelang. Mit deinahe wehmütiger ländlicher Freude am Detail las er den alten Turmhahn des Dorfes Sulzbacher Pfarrherrn, diese wundervolle, von Frieden geatmete Idylle, vor. Da gewann auch das Kleinste Leben und eigenes Gesicht, hundert versteckte Schönheiten fingen plötzlich zu leuchten an. Freilich läßt sich nicht leugnen, daß durch dies Zerlegen in die einzelnen Bestandteile das Gedicht notwendigerweise zerspintiert wird und die runde Geschlossenheit dieses kleinen Epos leidet. Aehnliches mußte auch eintreten bei der Kellerschen Legende vom schimmerlichen Vitalis, dessen märtyrliche Spezialität darin besteht, daß er, der Bekehrer der Bublerinnen, freudig den Ruf eines Wüstlings trägt. Ponto legte uns gleichsam eine Fülle von gierlichen Miniaturen, sauber geordnet, vor, zeigte uns auf ihr jede Feinheit, jedes sicherste Hinzuchen — das Gemälde als Ganzes aber konnte das Auge der bloßen Einstellung nicht leicht erfassen und würdigen, der große Humor trat ein wenig in den Hintergrund. Diesen Mangel aber vermag jeder Hörer leicht zu ergänzen, indem er daheim den Turmhahn und den Vitalis noch einmal liest. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß am Schlusse des Vortrags das dankbare Publikum den Künstler immer und immer wieder hervorrief — hoffentlich bewegt das Ponto diesem Abend recht bald einen neuen folgen zu lassen. pa.

Dresdner Kalender

Theater am 25. November. Opernhaus: Joseph in Aegypten (7). — Schauspielhaus (zum ersten Male): Die Gabe Gottes (7). — Albert-Theater: Die fünf Frankfurter (7½). — Zentral-Theater: Dorfmusikanten (7). — Residenz-Theater: Das Dorf ohne Glocke (7).

Sächsischer Kunstverein zu Dresden, Brühlsche Terrasse. Für das staatliche Kupferstichkabinett zu Dresden wurden zwei farbige Monotypien „Im Zoo" und „Sitzender Akt" des in Dresden lebenden Malers und Bildhauers Hermann Kreß angekauft.

VVK In diesem Jahre findet die **Weihnachtsmesse** in der Zeit vom 12. bis mit 19. Dezember im kleinen Saale der Annenpäle (frühere Zentralhalle) am Fischhofplatz statt.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Die Eintrittskarten zur Vorstellung im Albert-Theater am 19. Dezember — Dantons Tod, Revolutionsdrama von Georg Büchner — sind sofort von den Gruppenvorsitzenden im Jugendsekretariat abzuholen. Gewisser Umstände halber muß die Vorstellung diesmal vormittags 11 Uhr beginnen und müssen die Eintrittspreise für diese Aufführung infolge hoher Regiekosten etwas erhöht werden. Dieselben betragen 8 M., 2 M und 1 M. Kinder unter 12 Jahren haben zu den Vorstellungen keinen Zutritt.

Sport · Spiel · Körperpflege

Fußballabteilung Dresden-Neustadt. Neues Umkleidelokal: Restaurant Wendler, Alaunstraße 83. — 28. November, 2 Uhr: Verbandsspiel: Neustadt I—Zschachwitz I.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität. Mitgliedschaft Dresden. Sonnabend den 27. November, abends 7 Uhr, Materialausgabe für die Fahrwarte in der Frischauf-Schänke, Könneritzstraße 17. — Abteilung Cotta. Sonnabend den 27. November: Sonntag Vortreten unserer Reigen- und Jugendmannschaften. — Sonntag den 28. November sammelt die Jugendmannschaft 9½ Uhr im Schützenheim, Hamburger Straße 56.

Arbeiter-Athleten. Resultat vom Städtewettkampf Dresden-Berlin am 21. November: Sieger, Dresden 8½ Punkte, Berlin 7½ Punkte. — Die Teilnehmer an dem im Dezember stattfindenden Kampfrichterkursus sind bei dem Sportgenossen Rothbow, Dresden-Neustadt, Leipziger Straße 8, zu melden — Arbeiter-Sportklub Hektor. 25. November: Vergnügen in der Kneipe. Anfang 6½ Uhr.

Bunte Chronik

Der Kampf um Onkie. Ein englischer Gerichtshof hat vor einiger Zeit einen Hund namens Onkie zum Tode verurteilt, weil er ihn für gefährlich erklärte. Der Terrier war eines Tages gegen die Beine gefahren und hatte sie erschreckt. Die Besitzerin des Tieres aber wollte diesen harten Spruch nicht anerkennen, und sie hat alles Mögliche in Bewegung gesetzt, um ihm das teure Leben zu erhalten. So ist denn ein heißer Kampf um Onkie entbrannt, an dem weite Kreise des englischen Volkes Anteil nehmen, viele sogar mit der Tat. Eine Petition an das Unterhaus mit 15000 Unterschriften ist eingereicht worden; sollte diese unwirksam bleiben, so will man sich direkt an die Königin wenden, die bereits ihre Sympathie für Onkie erklärt hat. Das Werben um Unterschriften geschah besonders in Surbiton, dem Heimatsort des Tieres, mit großer Geschäftigkeit. In den Ladenfenstern forderten bunte Plakate mit der Inschrift „Stimmt für Onkie!" zur Unterschrift der in dem Laden ausliegenden Petition auf. Wie seine Herrin, Mrs. Birch, den an Onkies Schicksal interessierten Berichterstattern der Londoner Blätter mitteilte, ohnt der Terrier, daß sein Leben in Gefahr ist. Er hat viel von seiner früheren Lustigkeit und Draufgängerei verloren. Er läuft zwar immer noch draußen herum, ist aber scheuer geworden, um sich vor Kindern, seit er zum Tode verurteilt ist, viel mehr mit ihnen beschäftigen und ihn necken. Mrs. Birch gibt überhaupt der Liebe Jungen die ganze Schuld an dem Unglück, das ihren Liebling betroffen. Wenn sie hätten ihn die Kinder nicht gereizt, dann wäre es niemals zu dem strengen Urteil gekommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201124/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG